



Die Politik der Kommunistischen Partei Österreichs in der Provisorischen Regierung Renner

MANFRED MUGRAUER

Als die führenden Köpfe der KPÖ im April 1945 aus dem Moskauer Exil bzw. aus Slowenien zurückkehrten, war völlig unklar, wie sich die politische Landschaft reorganisieren würde, welche Persönlichkeiten aus dem sozialdemokratischen und bürgerlich-katholischen Lager für eine Regierungsbildung zur Verfügung stehen würden. Bis zum Frühjahr 1945 war in der Konzeption der KPÖ der „Österreichischen Freiheitsfront“ die entscheidende Rolle im Prozess der Überwindung des Faschismus und des demokratischen Wiederaufbaus zugekommen. Sie sollte sowohl beim Wiederaufbau staatlicher, regionaler und lokaler Verwaltungsstrukturen und auch bei der Regierungsbildung im Mittelpunkt stehen. Diese Orientierung war zunächst untrennbar mit der Hoffnung verbunden, dass der Sturz des Hitlerregimes nicht nur von außen erfolgen würde, sondern auch durch einen bewaffneten Volksaufstand herbeigeführt werden könnte bzw. zumindest in der Endphase des Krieges große Teile der Bevölkerung in den Widerstand gegen das Hitlerregime involviert werden könnten.

Die KPÖ-Parteispitze verfügte zum Zeitpunkt ihrer Rückkehr über keine Informationen über die Designierung *Karl Renners* zum künftigen Regierungschef. Die Entscheidung der sowjetischen Stellen für *Renner* war bereits vor der Ankunft von *Johann Kopenig* und *Ernst Fischer* aus Moskau am 12. April 1945 gefallen. Erst während ihrer Rückreise erfuhren sie von *Stalins* Weisung, *Renner* mit der Bildung der Provisorischen Regierung zu betrauen. Diese Entscheidung kam für die KPÖ-Parteiführung überraschend und stieß auf Ablehnung, hatten die führenden österreichischen Kommunisten im Exil doch für einen unabhängigen Regierungschef optiert, wobei der Name *Josef Dobretsberger* genannt wurde. Aufgrund der Quellenlage muss jedoch unklar bleiben, ob die Ablehnung *Renners* auch gegenüber den

sowjetischen Stellen zum Ausdruck gebracht worden ist. Wesentlich ist, dass es für die KPÖ kaum Möglichkeiten gab, die außenpolitische Orientierung der Sowjetunion maßgeblich zu beeinflussen, schon gar nicht, nachdem *Stalin* selbst sich auf *Renner* festgelegt hatte.

Dreiparteienverhandlungen

Karl Renner modifizierte seine Haltung gegenüber den KommunistInnen und seinen Willen zu deren Einbindung in die Regierungsgeschäfte im Laufe des Aprils, offenbar analog zu seinem Kenntnisstand über die politischen Verhältnisse in Wien. Zunächst orientierte er in seinen Ausarbeitungen auf eine provisorische Staatsregierung mit Dominanz von SPÖ und KPÖ und sandte Signale in Richtung einer weitgehenden Einbindung der KPÖ aus. Es sei an dieser Stelle nur an seinen Brief an *Stalin* vom 15. April erinnert, aus dem am deutlichsten sein Wille zur Einbeziehung der KPÖ hervorgeht: „Daß die Zukunft des Landes dem Sozialismus“ gehöre, sei „unfraglich“ und bedürfe keiner Betonung, schrieb *Renner* an den „sehr geehrte(n) Genosse(n)“ und „ruhmbedeckten“ Oberbefehlshaber der Roten Armee. Seinen Willen zur Einbindung der KPÖ artikuliert *Renner* auch in einer Aussprache mit Marschall *Tolbuchin*, dem Oberbefehlshaber der 3. Ukrainischen Front, am 19. April, einen Tag vor Beginn der Parteienverhandlungen. Nach seiner Ankunft in Wien am 20. April begann er seine bisherigen Überlegungen zu korrigieren und die Kommunisten aus den Planungen weitgehend auszuklammern. Nach einer Aussprache mit *Adolf Schärf* sah er nunmehr lediglich das Staatssekretariat für Öffentliche Bauten, Übergangswirtschaft und Wiederaufbau für die KPÖ vor.

In den Parteienverhandlungen zwischen Vertretern von SPÖ, ÖVP und KPÖ vom 20. bis 23. April nahmen für die KPÖ zunächst *Johann Kopenig* und

Ernst Fischer teil, sowie zuletzt auch *Franz Honner*, der eben aus Slowenien von seinem Einsatz im Rahmen des Österreichischen Freiheitsbataillons im Verband der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee zurückgekehrt war. Ungeachtet der modifizierten Haltung *Renners* bestanden die Kommunisten auf ihren Forderungen nach zwei Staatssekretären und einem Vizekanzler. Dahingehend konnte schließlich auch nach drei Verhandlungsrunden und diversen Einzelbesprechungen eine Einigung erzielt werden. Damit war es den Kommunisten gelungen, bei der Aufteilung der Ressorts ihre Vorstellungen durchzusetzen: Man einigte sich auf *Franz Honner* und *Ernst Fischer* als Staatssekretäre für Inneres bzw. für Volksaufklärung, Unterricht und Erziehung und Kultusangelegenheiten, womit Kommunisten zwei überaus wichtige Ressorts leiteten. Die Forderung von *Ernst Fischer* nach einem Parteienpräsidium kam in der Form des Politischen Kabinettsrats zum Tragen, dem neben *Renner*, *Schärf* und *Figl* für die KPÖ *Johann Kopenig* als Staatssekretär ohne Portefeuille angehörte. Darüber hinaus war die KPÖ in den anderen, jeweils drittelparitätisch besetzten Staatsämtern mit sechs, ab September sieben UnterstaatssekretärInnen vertreten, darunter auch *Hella Postranecky*, die als erste Frau Mitglied einer österreichischen Regierung war. Insgesamt stellte die KPÖ zunächst neun von 34 Regierungsmitgliedern, nach der Erweiterung auf der Ersten Länderkonferenz zehn von 39. Sie alle leisteten einen bedeutenden Beitrag zum Wiederaufbau der staatlichen Verwaltung, in aller Kürze sei nur auf die Bereiche Schul- und Bildungswesen, Kultur, Sicherheitswesen, Ernährung, Verkehr, Justiz und Gesundheit hingewiesen, die mit den Namen *Ernst Fischer*, *Franz Honner*, *Hella Postranecky*, *Laurenz Genner*, *Hermann Lichtenegger*, *Otto Mödglagl*, *Karl Altmann* und *Franz David* verknüpft sind.¹

Volksdemokratische Orientierung

Damit war es der KPÖ nach Abschluss der Parteienverhandlungen gelungen, ihre im Exil entwickelte Orientierung auf eine breite Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte auf Regierungsebene zu realisieren. Bereits in der Zeit des antifaschistischen Widerstands und Exils hatte die KPÖ – eine in der Ersten Republik kleine Partei – ihre Wiederaufbaukonzeptionen aus der Sicht einer künftig konstruktiv mitgestaltenden demokratischen Aufbaupartei formuliert. Diese Vorstellungen der KPÖ über die konkrete Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse eines „neuen Österreichs“ wurden in Kontinuität zur in den 1930er Jahren erarbeiteten Konzeption einer antifaschistischen Volksfront entwickelt. Die Orientierung auf eine „demokratische Republik“ von 1936 bis 1939, eine „Österreichische Freiheitsfront“ ab 1941/42, auf eine „demokratische Volksrepublik“ im Manifest „Die Wiedergeburt Österreichs“ vom Juni 1944 folgte ebenso der im Zusammenhang mit dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale erarbeiteten Volksfrontprogramm, wie jene Konzeptionen, die im Frühjahr 1945 in unveröffentlichten Aktionsprogrammen der Parteiführung in Moskau fixiert und im Sofortprogramm vom 6. August 1945² öffentlich artikuliert wurden.

Diese Vorstellungen wurden später als „antifaschistisch-demokratische“ Orientierung zusammengefasst, 1945 wurden die Vorstellungen über jene Ordnung, in der sich die intendierten politischen und sozialökonomischen Veränderungen niederschlagen und weitere vollziehen sollten, im Terminus „Volksdemokratie“ fixiert. Zwar blieb der konkrete Inhalt der neuen Ordnung weitgehend unbestimmt, in Summe ging es bei dieser „neuen Demokratie“ um eine in Tradition der kommunistischen Volksfrontprogramm stehende Gesellschaftsordnung, die sich zwar vom Kapitalismus bürgerlich-demokratischen Zuschnitts erheblich unterscheiden, jedoch noch nicht sozialistischen Charakters sein sollte. Die inhaltlichen Eckpunkte dieser Orientierung kamen im Jahr 1945 in folgenden Forderungen zum Ausdruck:

- Zunächst im Kampf gegen Faschismus und Reaktion, konkret ging es um die Entnazifizierung und Demokratisierung des öffentlichen Lebens, vor allem des Staatsapparats, sowie um die Bestrafung der faschistischen Verbrecher.

- In Eigentumsfragen forderte die

KPÖ die Entmachtung des Monopolkapitals, also die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, sowie die Enteignung des deutschen Vermögens, der Naziverbrecher und ausländischen Faschisten. Darüber hinaus jedoch sollte die private Unternehmerinitiative gefördert und der Schutz des rechtmäßig erworbenen Privateigentums an kleinen und mittleren Unternehmen garantiert werden.

- Als dritte strukturelle Maßnahme wurde die Durchführung einer Bodenreform gefordert.

- Diese neue demokratische Ordnung sollte durch die so bezeichnete „demokratische Zusammenarbeit“ aller Kräfte gefestigt werden. Konkret ging es um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, die Schaffung eines breiten antifaschistischen Volksbündnisses – damit korrespondierte die Forderung nach einem Zentralrat der drei Parteien -, sowie um einheitliche und überparteiliche Gewerkschafts- und Massenorganisationen.

- In außenpolitischer Hinsicht forderten die österreichischen Kommunisten freundschaftliche und gleichberechtigte Beziehungen zu den Nachbarländern und allen Großmächten, in wirtschaftlicher Hinsicht vor allem zu den östlichen Nachbarn und zur Sowjetunion, mit denen Handelsverträge abgeschlossen werden sollten. Die bisher intimen Bindungen an Deutschland sollten neutralisiert werden.

Friedlicher Weg zum Sozialismus

War diese Konzeption im Frühjahr 1945 realistisch, entsprach sie den internationalen und nationalen Kräfteverhältnissen? Im Ergebnis des Ausgangs des Zweiten Weltkriegs war es zu einer Verschiebung der internationalen Kräfteverhältnisse gekommen: Mit der Niederlage des Faschismus war auch das Monopolkapital weitgehend diskreditiert, das kapitalistische System insgesamt erschüttert. Die siegreiche Sowjetunion war weltpolitisch gestärkt, der Roten Armee kam in Österreich bei der Regierungsbildung überdies eine Schlüsselstellung zu. Als Hauptträgerin des antifaschistischen Widerstands trat auch die KPÖ gestärkt aus Illegalität und Exil heraus: Nicht umsonst leitete *Johann Koplenig* in seiner Rede auf der ersten Parteiarbeiterkonferenz am 13. Mai 1945 die Berechtigung, an der Neugestaltung Österreichs teilzunehmen, direkt aus der Rolle ab, die die KPÖ im Freiheitskampf gegen den deutschen Faschismus gespielt hat.³ Die KPÖ entwickelte sich im Verlauf des Jahres 1945 zu einer Massenpartei mit über

100.000 Mitgliedern.⁴ Vor diesem Hintergrund erwies sich das Wirken prosozialistischer Kräfte zunächst als durchaus vorteilhaft.

Zugleich war klar, dass die Voraussetzungen für einen unmittelbaren Übergang zum Sozialismus nicht gegeben sind: Es gab in Österreich keine breite Massenbewegung wie in vielen Staaten Ost- und Südosteuropas, die einen zentralen Beitrag zur Überwindung des Faschismus geleistet hätte, die Grundstimmung der Bevölkerung war abwartend, die Arbeiterklasse desorganisiert und weitgehend passiv. Vor allem jedoch machten es die Viermächtebesatzung, die Präsenz westallierter Truppen und der Einfluss der Westmächte undenkbar, dass eine sozialistische Umwälzung bruchlos aus der Befreiung vom Faschismus hervorgehen könnte. Allein eine parlamentarisch-demokratische Republik war vor diesem Hintergrund unter den Siegermächten konsensfähig. Deren weitere Entwicklung in Richtung sozialistische Umgestaltung im Sinne der antifaschistisch-demokratischen Perspektive der KPÖ konnte im Frühjahr 1945 zumindest als offen angesehen werden.

Eine solcherart angestrebte Entwicklung korrespondierte auch mit den außenpolitischen Vorstellungen der Sowjetunion: Der sowjetischen Regierung ging es darum, die vor allem von britischer Seite entwickelten Pläne der Einbeziehung Österreichs in eine Donaukonföderation zu verhindern und Deutschland zu schwächen, weshalb sie seit 1941 konsequent für die Wiederherstellung Österreichs als unabhängiger Staat eintrat. Österreich wurde dabei nicht zur sowjetischen Einflussphäre, sondern dem Bereich einer „neutralen Zone“ zugeordnet. Über Regierungen der „nationalen Front“ unter Einschluss der kommunistischen Parteien sollte in diesen Staaten Kontinentaleuropas auf friedlichem Wege der Übergang zum Sozialismus vollzogen werden. Ein wichtiger Hintergrund dieser kommunistischen Konzeptionen bestand darin, vom längerfristigen Charakter der Antihitlerkoalition auszugehen. Aus dieser friedlichen Zusammenarbeit, aus diesem stabilen Gleichgewicht sollten für kleine Länder Spielräume für unabhängige Entwicklungen gewonnen werden. In dieser Hinsicht erschien die Regierungsbeteiligung der KPÖ gewissermaßen als innenpolitische Widerspiegelung der alliierten Zusammenarbeit.

In Summe ging es für die KPÖ im April 1945 darum, eine den realen Mög-

lichkeiten, eine diesen nationalen Bedingungen und internationalen Kräfteverhältnissen entsprechende Strategie des schrittweise Herankommens an den Sozialismus zu erarbeiten. Über das Etappenziel einer „neuen Demokratie“ sollten die Bedingungen für den weiteren Kampf um eine sozialistische Umgestaltung verbessert werden. Es ging darum, mit grundlegenden demokratischen Reformen den Einfluss der Arbeiterklasse auf Kosten des Großkapitals zu erhöhen, um so die Voraussetzungen für eine weitere Vorwärtsentwicklung zum Sozialismus zu verbessern.

Mit dieser Charakterisierung der „antifaschistisch-demokratischen“ Orientierung als Strategie der Übergänge ist auch die Abgrenzung zu zwei Interpretationsmustern verbunden, die über Jahrzehnte in der Historiographie und Publizistik dominierten: Lag das Schwergewicht in der vom Kalten Krieg geprägten Geschichtsschreibung und Memoirenliteratur der ersten Nachkriegsjahrzehnte zunächst auf dem versuchten Nachweis angeblicher Sowjetisierungsabsichten der Roten Armee – die KPÖ erschien in dieser Interpretation als Hebel zur Machtübernahme –, deuteten die Studien von *Heinz Gärtner* und *Wilfried Aichinger* aus den 1970er Jahren die KPÖ-Strategie primär als Anpassung an genau gegenläufige sicherheitspolitische Interessen der Sowjetunion, als Verzicht auf revolutionäre und sozialistische Zielsetzungen, als im Grunde konservative Konzeption, die in Abhängigkeit von der Sowjetunion deren Politik der Selbsteindämmung nachvollzog.⁵

Meiner Einschätzung nach ist es zielführender, unter Berücksichtigung sämtlicher innerer und äußerer Faktoren, die programmatisch-strategische Orientierung der KPÖ, ihren „volksdemokratischen“ Kurs, weder als außengesteuert, Tarnungsmanöver noch taktisch motiviert zu deuten, sondern ihn primär unter dem Blickwinkel seiner Eigenständigkeit als aus konkreten nationalen und internationalen Bedingungen abgeleiteten Strategie zu betrachten: Die Konzeption der KPÖ fußte ungeachtet außenpolitischer Erwägungen durchaus auf einer Analyse der konkreten österreichischen Bedingungen, innenpolitischer Kräfteverhältnisse und deren Entwicklungsperspektiven. Der Sozialismus blieb unzweifelhaft das programmatische Ziel, aber angesichts der fehlenden nationalen und internationalen Voraussetzungen nicht die unmittelbare strategische Aufgabe. Im Grunde ging es bei der „antifaschistisch-



4. Parteiarbeiterkonferenz der KPÖ am 4. November 1945 im Wiener Konzerthaus, von links: Agnes Primocic, Hella Postranecky, Franz Honner, Marie Köstler, Johann Kopenlig, Karl Altmann, Ernst Fischer, am Rednerpult: Friedl Fürnberg

demokratischen“ Ordnung des Jahres 1945 bereits um eine solche Übergangsform, die in der späteren marxistischen Diskussion und Programmatik als „antimonopolistische Etappe“ auf dem Weg zum Sozialismus umrissen wurde.

War diese Orientierung im Jahr der Befreiung realistisch? Grundsätzlich ist die Entwicklung des Jahres 1945 nicht als Automatismus zu interpretieren: Die Frage der weiteren Entwicklung war im April 1945 noch nicht entschieden, es waren in der Zeit von April bis November 1945 grundsätzlich verschiedene Optionen offen. Ob der gesamtgesellschaftliche Wiederaufbau als Restauration kapitalistischer Produktionsverhältnisse oder im Sinne der von der KPÖ intendierten antifaschistisch-demokratischen Ordnung verlaufen würde, hing wesentlich davon ab, welche Kräfte im Rahmen des Prozesses der Neuformierung der politischen Kräfteverhältnisse bestimmen Einfluss auf die weitere Entwicklung gewinnen konnten. Es war weitgehend unklar, wie sich die Parteienlandschaft reorganisieren werde, unklar war zu diesem Zeitpunkt auch, welche Potenziale für eine sozialistische Entwicklung sich aus dem Verhältnis der Siegermächte zueinander in Gestalt der Antihitlerkoalition erschließen lassen würden. Vor diesem Hintergrund war die Teilnahme der KPÖ an der Provisorischen Regierung selbstverständlich. Sie entsprach ihrer im Exil entwickelten Wiederaufbaukonzeption, ihrer Ausrichtung auf die Zusammenfassung der demokratischen Kräfte und ihrem Selbstverständnis als künftig konstruktiv mitgestaltende, „verantwortungsbewusste“ Staatspartei.

Frühe Defensive

Die Hoffnung der KPÖ auf eine günstige Entwicklung der inneren Kräfteverhältnisse in SPÖ und ÖVP und der demokratischen Zusammenarbeit insgesamt sollten sich jedoch nicht erfüllen. Sie trat zwar im April als gleichberechtigte Partnerin von SPÖ und ÖVP in die erste Regierung der Zweiten Republik ein, bereits der Verlauf der ersten Monate der Regierungsarbeit macht jedoch die Zurückdrängung und Ausgrenzung der KommunistInnen deutlich. Die KPÖ geriet bereits frühzeitig in die Defensive. Bereits ab Sommer 1945 zeichnete sich eine „stille“, auf die Zurückdrängung des kommunistischen Einflusses abzielende Koalition von SPÖ und ÖVP ab. Diese Tendenz fand sowohl auf Ebene des Kabinettsrats als auch des Ausarbeitungsprozesses von Gesetzen und Verordnungen in den Staatsämtern entsprechenden Niederschlag.

Es mangelte zwar nicht an öffentlichen Bekenntnissen zur demokratischen Zusammenarbeit, jedoch gewannen sowohl in ÖVP als auch SPÖ rasch jene Kräfte die Oberhand, die eine andere, auf die Beschneidung der KPÖ abzielende Konzeption vertraten. In der SPÖ setzte sich der rechte Parteiflügel durch, jene Kräfte, für die die Beteiligung der KPÖ an den Regierungsgeschäften wohl von Beginn an nicht mehr als ein Zugeständnis an die sowjetische Besatzungsmacht war. Einen gewissen Wendepunkt markiert in dieser Hinsicht die Ankunft der westlichen Alliierten in Wien, womit auch der für diese Entwicklung insgesamt ausschlaggebende Gesichtspunkt angesprochen ist: Außenpolitische Faktoren nahmen im

Jahr der Befreiung vor allem dergestalt auf die innenpolitische Entwicklung Einfluss, dass SPÖ und ÖVP frühzeitig begannen, ihre Politik auf die Westmächte auszurichten. Im Mittelpunkt dieser Problemlage stand die vierfache militärische Besetzung Österreich und die Präsenz westallierter Truppen, vor allem jedoch die fehlende Anerkennung der Provisorischen Regierung durch die westlichen Alliierten und die damit verbundene Gefahr der Zerreißung des Landes.

Die Westmächte sahen in der Renner-Regierung zunächst eine sowjetische „Marionettenregierung“, kritisierten den in ihren Augen überproportionalen Einfluss der KPÖ und verweigerten der Regierung die Anerkennung. Während sich die Sowjetunion auf der Potsdamer Konferenz für die Anerkennung der Provisorischen Regierung aussprach, setzten sich die Briten bis in den Herbst hinein für eine völlige Neubildung der Regierung ein. Die USA standen der Renner-Regierung ebenso ablehnend gegenüber, nahmen jedoch von Beginn an eine etwas konziliantere und flexiblere Haltung ein. Die Anerkennung der Regierung erfolgte schließlich erst im Herbst, am 20. Oktober 1945, bis zu diesem Zeitpunkt war die Provisorische Regierung außenpolitisch isoliert.

Es war vor allem diese fehlende Anerkennung der Regierung durch die Westmächte, die nunmehr bestimmend auf die Entwicklung der nationalen Kräfteverhältnisse Einfluss nahm: Die weitgehende Konzessionsbereitschaft, die den Kommunisten im Verlauf der Auseinandersetzungen im Kabinettsrat abverlangt wurde, ist nur vor dem Hintergrund der Verflechtung innen- und außenpolitischer Faktoren, die infolge der Viermächtebesetzung für das Jahr 1945 insgesamt prägend war, verständlich.

Die Bruchlinien der innenpolitischen Entwicklung lassen sich anhand der zentralen Konfliktlinien im Kabinettsrat der Provisorischen Regierung, dessen Sitzungsprotokolle nunmehr gedruckt vorliegen, darstellen: Erstens die Diskussion über Verfassungsfragen, zweitens die Auseinandersetzungen über Beschlussfassung und Durchführung des Beamten-Überleitungsgesetzes, drittens der Fragenkomplex Entnazifizierung, sowie viertens der Umgang mit dem reichsdeutschen Eigentum in Österreich. Die Kontroversen über diese Themen erhelten sowohl die unterschiedlichen Konzeptionen der beteiligten Akteure als auch die ungünstigen Realisierungsbedingungen der kommunistischen Vor-

stellungen. Es werden jene Rahmenbedingungen deutlich, die der KPÖ-Gesamtkonzeption enge Grenzen setzte: Vor dem Hintergrund der fehlenden Anerkennung der Regierung war es für die KPÖ notwendig, ein nach außen hin demonstrierend einheitliches Auftreten der Regierung zu gewährleisten um die Einheit des Landes zu wahren und um von den Westmächten endlich die Kompetenzerweiterung auf das gesamte Bundesgebiet zu erreichen.

Kontroversen im Kabinettsrat

Es waren auch die inneren Rahmenbedingungen der Regierungsarbeit, die sich hemmend auf die Umsetzung der kommunistischen Ziele auswirkten: Zum einen begrenzte die autoritäre Haltung von Staatskanzler *Renner* die kommunistischen Spielräume. Die Kabinettsratsprotokolle bieten einige Beispiele, in denen *Renner* im Falle der fehlenden Einstimmigkeit drohte, sich das Entscheidungsrecht vorzubehalten und seine Meinung als Beschluss anzusehen. Zweimal wäre es aufgrund von Einsprüchen der KPÖ fast zum Bruch gekommen, beide Male ging es um Verfassungsfragen. *Renner* weigerte sich, die kommunistischen Einsprüche zu protokollieren, stellte den kommunistischen Regierungsmitgliedern die Demission anheim und erklärte die Gesetze für angenommen. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ging *Ernst Fischer* im Jänner 1946 in seinem Resümee der Renner-Regierung so weit, die Provisorische Regierung als eine Art „Präsidialdiktatur“ zu kennzeichnen.⁶

Vor allem jedoch wirkte das Prinzip der Vereinbarungsregierung – die Tatsache, dass Beschlüsse im Kabinettsrat der Provisorischen Regierung einstimmig erfolgen mussten – den kommunistischen Vorstellungen entgegen. *Ernst Fischer* schlug zwar im Mai 1945 vor, die Einstimmigkeit nur bei Verfassungsgesetzen vorauszusetzen und bei einfachen Gesetzen auf sie zu verzichten, was jedoch von *Renner* abgelehnt wurde.⁷ Als für die KPÖ besonders nachteilig wirkte sich der gleichzeitige Verzicht auf die Herstellung einer politischen Öffentlichkeit aus: Die Debatten der Regierung fanden hinter verschlossenen Türen statt, über Kontroversen im Kabinettsrat wurde öffentlich nicht berichtet, was die Argumentationsspielräume der KPÖ erheblich einengte.

In der Diskussion über Verfassungsfragen verlangte die KPÖ die Ausarbeitung einer neuen Verfassung bzw. die Rückkehr zur Verfassung von 1920, wie es auch in der Unabhängigkeitserklärung

vorgesehen war. Auch *Renner* wollte im April zunächst eine neue Verfassung bzw. die Rückkehr zur Verfassung von 1920, erkannte jedoch auf einen Hinweis von *Schärf* hin, dass eine Verfassungsdiskussion vor allem den Kommunisten nutzen würde. Im Alleingang setzten *Renner* und *Schärf* bereits im Mai gegen die Widerstände der KPÖ die Rückkehr zur – von der KPÖ als „Heimwehrverfassung“ kritisierten – Verfassung von 1929 durch. Damit war die Verfassungsdiskussion praktisch bereits 1945 zu Ende, über eine verfassungsrechtliche Verankerung der kommunistischen Neuordnungspläne konnte keine öffentliche Debatte stattfinden. Die Wiederinkraftsetzung der Bundesverfassung von 1929 setzte einer von der KPÖ intendierten breiten Auseinandersetzung über die Erweiterung demokratischer Rechte ein frühes Ende.

In der Frage der Erneuerung und Demokratisierung des Staatsapparats setzte sich die KPÖ für die Säuberung der Verwaltung von faschistischen Beamten und reaktionären Bürokraten ein, bei gleichzeitigem Aufbau einer demokratischen Beamtenschaft, aus erprobten Antifaschisten und österreichischen Patrioten, auch wenn diese nicht über die entsprechende akademische Ausbildung verfügten. Fachkenntnisse seien zu erwerben, so *Ernst Fischer*, nicht jedoch „leidenschaftliche Freiheitsliebe, unerbitterlicher Haß gegen den Faschismus, heißer Glaube an Österreich und menschliche Festigkeit“.⁸ Auf Vorschlag der KPÖ wurden schließlich nach langen Auseinandersetzungen die bevorzugte Behandlung der Freiheitskämpfer und verfolgten Antifaschisten beschlossen, sowie die Anstellungserfordernisse herabgesetzt. Am konservativen Übergewicht im Staatsapparat änderte sich jedoch nichts. Zudem ging die Säuberung der Verwaltung weiter schleppend voran. Die Anzahl der kommunistischen Beamten wiederum war verschwindend gering, selbst in den Staatsämtern von *Franz Honner* und *Ernst Fischer* waren keine leitenden kommunistischen Beamten tätig. Einzig in den unteren Polizeiorganen konnten Kommunisten innerhalb der Beamtenschaft Fuß fassen.

Im Bereich der Entnazifizierung standen Kontroversen über den Umgang mit den ehemaligen NSDAP-Mitgliedern und die strafrechtliche Verfolgung der NS-Verbrecher im Mittelpunkt. Die Position der KPÖ zum Nazi-Problem war von Beginn an von einer Differenzierung der ehemaligen NSDAP-Mitglieder in die nazistischen Hauptschuldigen, die

„großen“ Nazi, Kriegsverbrecher und verantwortlichen Nazifunktionäre, und die „kleinen“ Nazi, die einfachen Parteimitglieder und Mitläufer gekennzeichnet. Sie trat für eine strafrechtliche Verfolgung und Aburteilung der NS-TäterInnen und die Säuberung des öffentlichen Lebens vom Nazismus ein. Die einfachen Mitglieder sollten, sofern sie nicht persönlich an Verbrechen beteiligt waren, straffrei bleiben und für den demokratischen Wiederaufbau gewonnen werden. Darüber hinaus wurde jedoch die Mitschuld aller ehemaligen NSDAP-Mitglieder festgehalten und deshalb die Ausschaltung aller ehemaligen NationalsozialistInnen aus dem öffentlichen Leben, aus Verwaltung, Wirtschaft und Kultur, gefordert.

Der in der „Nazifrage“ Anfang Mai mit Beschlussfassung des Verbotsgesetzes von der Regierung eingeschlagene Kurs, das Schwergewicht auf das formale Prinzip der Registrierung aller ehemaligen NSDAP-Mitglieder zu legen, lag jedoch alles andere als auf der Linie der von der KPÖ vorgenommenen

Differenzierung in „Hauptschuldige“ und „Mitläufer“. In den Augen der KPÖ führte die Durchführung des Verbotsgesetzes mit der dabei vorgesehenen Möglichkeit auf Nachsicht von der Registrierung zur Verschleppung des Problems und „bürokratischen Versumpfung“.⁹ Das von der KPÖ geforderte Kriegsverbrechergesetz zur strafrechtlichen Verfolgung der nationalsozialistischen Untaten kam erst Ende Juni nach langen Auseinandersetzungen im Kabinettsrat zustande und wurde nur zögerlich durchgeführt, was auf heftige kommunistische Kritik stieß.

Auffassungsunterschiede prägten auch die Auseinandersetzungen über den Umgang mit dem „Deutschen Eigentum“ in Österreich. Wie kaum eine andere Frage stand diese Frage im Spannungsfeld alliierter Interessen: Nachdem das Potsdamer Abkommen den alliierten Mächten das reichsdeutsche Eigentum in ihrer jeweiligen Zone zugesprochen hatte, schlugen die sowjetischen Stellen der

österreichischen Regierung vor, bilaterale wirtschaftliche Bindungen einzuziehen und ihre Besitzrechte am „Deutschen Eigentum“ in gemischte Gesell-



Johann Kopenig als Redner auf einer Parteiveranstaltung der KPÖ am 30. Oktober 1945 in Wien-Stadlau.

schaften einzubringen, wobei es vor allem um zwei Wirtschaftszweige ging: die Erdölindustrie und die DDSG.

Nachdem vor dem Einzug der westlichen Alliierten in Wien und der Konstituierung des Alliierten Rates zunächst auch Renner und Figl ein solches Abkommen als eine gute wirtschaftliche Lösung angesehen hatten, ließen SPÖ und ÖVP unter dem Druck der Westmächte und westlicher Kapitalinteressen das unterschreibtreife Abkommen über die bilaterale Erdölgesellschaft platzen. Somit blieben die kommunistischen Regierungsmitglieder auch in der Frage des Umgangs mit dem reichsdeutschen Eigentum gegenüber SPÖ und ÖVP in der Minderheit, wobei sie auch im Zusammenhang mit der österreichisch-sowjetischen Erdölgesellschaft und dem Abschluss eines Handelsvertrages mit der Sowjetunion ihren Einspruch im Kabinettsrat nicht öffentlich machten. Das Scheitern dieser beiden Projekte wiederum verweist sowohl auf die sukzessive wirtschaftliche und politische Hinwen-

dung von SPÖ und ÖVP zu den Westmächten als auch auf die damit verbundene fortschreitende innenpolitische Marginalisierung der KPÖ. Mit dieser Weichenstellung in Richtung Westorientierung wurde der „antifaschistisch-demokratischen“ Konzeption der KPÖ ihre weitere Grundlage entzogen.

Darüber hinaus war die KPÖ im Rahmen der Verstaatlichungsdiskussion auf besondere Art und Weise von der Verflechtung innen- und außenpolitischer Faktoren betroffen, hatte sie doch aufgrund ihrer Solidarisierung mit der sowjetischen Besatzungsmacht in ihrer auf nationale österreichische Interessen ausgerichteten Programmatik und Politik die wirtschaftspolitischen Ansprüche der sowjetischen Regierung mitzureflektieren. Der KPÖ-Forderung nach Verstaatlichung des reichsdeutschen Eigentums wurde durch die wirtschaftlichen Interessen der Sowjetunion weitgehend ihre Zugkraft geraubt. Ebenso hatte die KPÖ einseitig die Folgen für jene Maßnahmen zu tragen, die von der sowjetischen Ad-

ministration infolge der gescheiterten Orientierung auf bilaterale Abkommen ergriffen wurde: Im Oktober 1945 kam es zur Übernahme der Zistersdorfer Ölquellen durch die sowjetischen Besatzungsbehörden, im Februar 1946 folgte die Übernahme der DDSG, im Befehl Nr. 17 von Anfang Juli 1946 wurde der Übergang des gesamten „Deutschen Eigentums“ in Ostösterreich in das Eigentum der Sowjetunion verfügt.

„Weckung der Volksinitiative“

Bei diesen Meinungsverschiedenheiten standen die KommunistInnen im Kabinettsrat „oft einer geschlossenen Front der SPÖ und ÖVP gegenüber“.¹⁰ Der Modus der Vereinbarungsregierung wandte sich insofern vor allem gegen die KommunistInnen, die sich nach wenigen Monaten einer „stillen“ Koalition aus SPÖ und ÖVP gegenüber sahen. Bei gleichzeitigem Verzicht auf die Herstellung einer politischen Öffentlichkeit begrenzte er die Spielräume der KPÖ und

ließ sie zu Weichenstellungen schweigen, die ihrer allgemeinen Konzeption grundsätzlich entgegenliefen, um vor dem Hintergrund der fehlenden Anerkennung der Regierung durch die Westmächte die schwierige außenpolitische Situation nicht weiter zu komplizieren.

Lag doch der Regierungsbeteiligung der KPÖ auch eine „staatspolitische“ Erwägung zugrunde, wurde sie doch auch als außenpolitische Notwendigkeit gesehen, um den Bestand eines einheitlichen österreichischen Staatsgebietes zu sichern. Als „staatstragende“ Kraft ging es der KPÖ darum, kurzfristige Parteiinteressen zugunsten nationaler Wiederaufbauinteressen zurückzustellen, resümierte *Friedl Fürnberg* am 13. Parteitag im April 1946 die ungünstigen Rahmenbedingungen.¹¹ Die KPÖ habe angesichts ihrer Pflicht, „um ein neues, demokratisches Österreich in der ersten Reihe zu stehen, [...] gar auf manches verzichtet, um die Zusammenarbeit zu ermöglichen und zu erhalten“, wurde in einem Kommentar der *Österreichischen Volksstimme* im September 1945 festgehalten.¹² Ebenso ist jedoch in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, dass es der KPÖ nicht möglich war, öffentlich gegen die Interessen der sowjetischen Besatzungsmacht aufzutreten. Genannt seien nur die Designierung *Renners* oder das *Zistersdorfer Beispiel*.

Ein prinzipiell oppositionelles Herangehen war für die KPÖ vor diesem Hintergrund ausgeschlossen, es hätte die sofortige Isolierung der KommunistInnen bedeutet und überdies auch völlig ihrer Rolle als „verantwortungsbewusster“, konstruktiv mitgestaltender „Staatspartei“ widersprochen. Immerhin stand die Zusammenarbeit der drei demokratischen Parteien geradezu im Mittelpunkt ihrer Programmatik. Der einzige Ausweg aus diesem Dilemma wäre die Forcierung „außerparlamentarischer“ Aktivität gewesen. In der Tat versuchte die KPÖ ab Sommer das Dilemma der fehlenden Öffentlichkeit vorsichtig zu durchbrechen: Mittels Weckung der „Initiative der Volksmassen“ sollte vor allem die mangelnde Durchführung der Gesetze, allen voran der schleppende Fortgang der Entnazifizierung und der Säuberung der Verwaltung, öffentlich thematisiert werden. So waren zwar auf Initiative der KPÖ das Beamten-Überleitungsgesetz und Kriegsverbrechergesetz zustande gekommen, es fehlten jedoch vielfach die Durchführungsbestimmungen. Auf Betriebs- und Bezirksebene wurden nun auf KPÖ-Initiative Resolutionen der drei

Parteien verabschiedet, die auch die Forderungen nach Verstaatlichung zum Inhalt hatten, Deputationen entsendet, sowie kleinere Demonstrationen vor Ämtern organisiert, in denen die Bürokratie noch immer nicht von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern gesäubert worden war.

SPÖ und ÖVP werteten eine solche „Mobilisierung der Massen“ im Kabinettsrat als Destabilisierung der politischen Verhältnisse und Misstrauen gegenüber der demokratischen Zusammenarbeit. Jedoch war die KPÖ ohnehin nicht bereit, diese Initiativen zu einer offenen Auseinandersetzung eskalieren zu lassen, hätte doch die Mobilisierung einer Massenbewegung gegen die Regierung unweigerlich deren Sprengung bedeutet, was ganz auf der Linie der Westmächte gelegen wäre. Der KPÖ ging es vielmehr darum, mit vorsichtigen Signalen „außerparlamentarischen“ Druck auf den Kabinettsrat auszuüben, um Bewegung in die aus ihrer Sicht eingetretene Stagnation zu bringen und ihren Argumenten im Kabinettsrat entsprechenden Nachdruck zu verleihen. Die „Weckung der Volksinitiative“ war in dieser Hinsicht gewissermaßen der Gegenpol zur hohen Kompromissbereitschaft, die ihr im Kabinettsrat abverlangt wurde.

Zurückdrängung des kommunistischen Einflusses

Die aus der Viermächtebesatzung resultierende enge Verflechtung innenpolitischer und außenpolitischer Rahmenbedingungen, aus der die schwierige Situation und Defensive der KPÖ resultierte, erreichte ihren vorläufigen Höhepunkt in den Ereignissen rund um die Erste Länderkonferenz Ende September. Entgegen früheren Interpretationen der Ersten Länderkonferenz als „Ersatzparlament“ war diese in Wahrheit primär ein politisches Instrument, um endlich die Anerkennung der Regierung durch die Westmächte zu erreichen. Die in den Augen der Westmächte überproportionale kommunistische Regierungsbeteiligung, allen voran die Tatsache, dass ein Kommunist das Innenressort leitete, wurde nun zum zentralen Politikum, die Ausbootung *Franz Honners* zum Dreh- und Angelpunkt der von den Westmächten geforderten Regierungsumbildung als Voraussetzung für die Anerkennung. In diesem Punkt überschritten sich die Interessen der Westmächte, die auf eine Entfernung bzw. Reduzierung des kommunistischen Einflusses abzielten, mit den innenpolitischen Ausgrenzungstendenzen: Trotz der sowjetischen Rückendeckung war

klar, dass die Anerkennung der Regierung nicht ohne Zugeständnisse zu erreichen sein werde. SPÖ und ÖVP verstanden es nun geschickt, den außenpolitischen Druck, der auf der Regierung im Allgemeinen und auf der KPÖ im Besonderen lastete, zu instrumentalisieren und gegen die KPÖ auszunutzen.

Der spätere Außenminister *Karl Gruber*, der – wie er in seinen Erinnerungen ausführt – sich verpflichtet fühlte, „die Wiener Regierung durch eine kraftvolle Aktion aus den Fesseln des Kommunismus zu befreien“,¹³ vertrat auf der Länderkonferenz das – auf eine Ablösung *Honnners* hinauslaufende – Maximalprogramm im Namen der westlichen Bundesländer. Letztlich kam als Ausweg aus dem innen- und außenpolitischen Dilemma auf Vorschlag der SPÖ ein Kompromiss zustande: Das Gewicht innerhalb der Provisorischen Regierung wurde durch ihre Erweiterung zugunsten der ÖVP und der westlichen Bundesländer zu Ungunsten der KPÖ modifiziert, *Franz Honner* in seinen Kompetenzen maßgeblich beschnitten. Ihm wurde sowohl die Kontrolle über die öffentliche Sicherheit als auch die Aufsicht über die Hauptwahlbehörde entzogen. Den Sozialdemokraten gelang es, ihren Einfluss in der Wiener Polizeidirektion auf Kosten der dortigen kommunistischen Dominanz zu erweitern. Der auf die KPÖ ausgeübte Druck war derart massiv, dass selbst das weitere Verbleiben von *Honner* als Leiter des Staatsamts für Inneres von der KPÖ als Erfolg gewertet werden musste.

Darüber hinaus war die KPÖ vor dem Hintergrund dieser außenpolitischen Rücksichtnahme bereits im Vorfeld der Länderkonferenz gezwungen, Wahlen zu einem für sie ungünstigen Zeitpunkt zuzustimmen. Von Anfang an war für die KPÖ klar, dass baldige Wahlen sich keinesfalls günstig auf ihre Position auswirken würden. Unter dem Druck, die Herstellung der staatlichen Einheit Österreichs nicht zu gefährden, gab die KPÖ Mitte September ihre ablehnende Haltung auf und stimmte schließlich dem frühen Wahltermin zu.

Mehrere Aspekte waren für die Skepsis der KPÖ gegenüber frühen Wahlen ausschlaggebend: Zum einen der mangelnde Organisationsgrad der Partei gegenüber ÖVP und SPÖ, vor allem in den westlichen Bundesländern. Der Hauptgrund für die ablehnende Haltung der KPÖ gegenüber einem frühen Wahltermin bestand jedoch in der Tatsache, dass sich die KommunistInnen der eingetretenen Verschiebung der innenpolitischen

Kräfteverhältnisse sehr wohl bewusst waren: Ein wichtiger Faktor dieser Verschiebung bestand auch darin, dass spätestens seit Sommer klar geworden war, dass sich die Stimmung der Bevölkerung gegen die KommunistInnen zu wenden begonnen hatte. Es waren allen voran die Übergriffe von Angehörigen der Roten Armee auf die Zivilbevölkerung, Plünderungen, Vergewaltigungen, sowie die Demontage- und Beschlagnahmepraxis der sowjetischen Besatzungsmacht, die auch die KPÖ in der öffentlichen Meinung in Misskredit brachte.

Vor diesem Hintergrund war es der KPÖ aufgrund ihrer weitreichenden Identifikation mit der sowjetischen Besatzungsmacht und ihrer kritiklosen Haltung gegenüber negativen Erscheinungen der Besatzungspraxis kaum möglich, ihre Politik des nationalen Wiederaufbaus glaubhaft zu vertreten. Insofern erweist sich das Naheverhältnis der KPÖ zur sowjetischen Besatzungsmacht neben dem Druck der westlichen Alliierten als schwerwiegendstes Problem der KPÖ-Politik im Jahr 1945. Einerseits war durch die Präsenz der sowjetischen Besatzungstruppen sicher gestellt, dass die KPÖ im Jahr der Befreiung einen nicht zu umgehenden innenpolitischen Faktor darstellen konnte. Andererseits wurde die KPÖ im öffentlichen Bewusstsein ungeachtet ihrer Österreich-patriotischen Orientierung als antiösterreichische „Russenpartei“ abgestempelt, was durch fehlende Distanzierungen von den Übergriffen von Angehörigen der Roten Armee erleichtert wurde.

Enttäuschendes Wahlergebnis

Nicht zufällig drängten vor diesem Hintergrund sowohl SPÖ und ÖVP, als auch die westlichen Alliierten auf die rasche Durchführung von Wahlen, um die geringe Anhängerschaft der KPÖ nachzuweisen. Gemeinsam ging es ihnen darum, die vorhandenen antisowjetischen Ressentiments auszunutzen und den kommunistischen Einfluss in der Regierung zurückzudrängen. So notierte der konservative Diplomat *Josef Schöner* bereits am 28. April, also wenige Tage nach der Befreiung, in sein Tagebuch, dass die Angst vor der KPÖ gewichen sei, da man sie angesichts der Erfahrungen, die die Bevölkerung mit der Roten Armee machen musste, bei den kommenden Wahlen nicht mehr fürchten müsse.¹⁴

Es war vor allem einer Tatsache geschuldet, dass schließlich auch die sowjetische Besatzungsmacht frühen Wahlen nicht im Wege stand: War es doch die



Friedl Fürnberg, Ruth Mayenburg und Ernst Fischer bei der Stimmabgabe zur Nationalratswahl am 25. November 1945.

fehlende Anerkennung der Regierung die ihren wirtschaftlichen Interessen, konkret ihrer Kursnahme auf bilaterale Abkommen mit der österreichischen Regierung im Wege stand. Auch für die sowjetische Besatzungsmacht standen das außenpolitische Interesse ihres Landes an der Anerkennung der Renner-Regierung und wirtschaftliche Interessen gegenüber einer Erweiterung der politischen Spielräume der KPÖ im Vordergrund.

Zeitgenössische Quellen belegen, dass sich auch die führenden kommunistischen Politiker zu diesem Zeitpunkt ihrer innenpolitischen Schwäche durchaus bewusst waren: Sowohl *Franz Honner*, *Ernst Fischer* als auch *Heinrich Dürmayer* äußerten sich im Juli und August in diesem Sinne gegenüber Exponenten der SPÖ und Offizieren des amerikanischen Geheimdienstes, wobei sie die Übergriffe von Angehörigen der Roten Armee für die geschwundene Unterstützung verantwortlich machten.¹⁵ Die österreichischen KommunistInnen erkannten damit zwar die negativen Folgen der sowjetischen Besatzungspraxis, indem jedoch diese sensible Thematik tabuisiert und öffentlich keine Kritik geübt wurde, leisteten sie selbst der Entwicklung Vorschub, dass antisowjetische Ressentiments bruchlos auf die KPÖ übertragen wurden.

Damit werden auch die angeblich hohen Stimmenerwartungen der KPÖ – in der Literatur finden sich Zahlen von bis zu 40 Prozent der Stimmen, mit denen die KPÖ-Parteiführung angeblich gerechnet haben soll – ins Reich der Legenden verwiesen. In Auswertung der vorhandenen Quellen deutet alles darauf hin, dass

die KPÖ-Spitze ihre Stärke zwar überschätzte, ihre Erwartungen aber kaum über zehn oder 15 Prozent der Wählerstimmen hinausgegangen sein dürften.¹⁶

Die KPÖ erreichte bei den Wahlen zum ersten Nationalrat der Zweiten Republik letztlich 5,4 Prozent der Stimmen, 174.257 Stimmen und vier Mandate. Nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund, dass die Betriebsratswahlen in den Vormonaten für die KPÖ zufriedenstellende Ergebnisse, vielerorts kommunistische Mehrheiten, gebracht hatten, musste dieses Wahlergebnis als Enttäuschung und „Misserfolg“ eingeschätzt werden. Auch der erfolgreiche Verlauf der Wahlkampagne, der große Materialaufwand und der massive Zustrom bei den kommunistischen Wahlveranstaltungen, hatten Illusionen über das zu erwartende Wahlergebnis genährt.

In seiner Analyse des schlechten Abschneidens der KPÖ machte *Johann Koplenig* in den Beratungen der KPÖ-Führungsgremien verschiedene Gesichtspunkte geltend:¹⁷ Allen voran führte er objektive Faktoren ins Treffen, vor allem die Tatsache, dass in Österreich keine Massenbewegung den Faschismus überwinden konnte und der Einfluss der nazistischen Ideologie nach wie vor groß sei. Neben organisatorischen Schwächen verwies er auf die – zuletzt harte – Position der KPÖ zur Nazifrage: ungeachtet der zuvor erwähnten Differenzierung im Herangehen an ehemalige NSDAP-Mitglieder war es SPÖ und ÖVP gelungen, die KPÖ als Anti-Nazi-Partei schlechthin darzustellen und ihre Position zum Abschluss aller ehemaligen Nationalsozialisten

sten von den ersten demokratischen Wahlen in eine allgemein nazifeindliche Haltung umzudeuten. Entscheidend war jedoch vor allem das Image der KPÖ als „Russenpartei“, die antikommunistische Grundstimmung der Bevölkerung und die damit im Zusammenhang stehende anti-sowjetische Flüsterpropaganda von SPÖ und ÖVP. Die Wahlen sind in dieser Hinsicht vor allem als Votum gegen die sowjetische Besatzungsmacht zu deuten.

Ende der Zusammenarbeit

Das für die KPÖ enttäuschende Wahlergebnis macht das endgültige Scheitern der kommunistischen Orientierung auf eine Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte mit dem Ziel einer antifaschistisch-demokratischen Umwälzung deutlich. Während die KPÖ in ihrer Propaganda die „Festigung der demokratischen Einigung“, also eine vertiefte Zusammenarbeit der drei Parteien in den Mittelpunkt stellte, verstärkte der Verlauf des Wahlkampfes im Gegenteil die bereits seit Sommer zu konstatierende Polarisierung zwischen den Parteien, was der Entwicklung einer antifaschistisch-demokratischen Zusammenarbeit diametral entgegen stand. Besonders deutlich zeigte sich dies am Beispiel der Debatte um das Wahlrecht für ehemalige NSDAP-Mitglieder. Die KPÖ hatte in dieser Frage erstmals die Grenze ihrer Kompromissbereitschaft angedeutet: Zwar hätten die Kommunisten „in der Regierung oft Zugeständnisse machen müssen, um eine mittlere Linie zu finden“, beklagte *Ernst Fischer* in der *Volksstimme* die negativen Seiten der Vereinbarungsregierung, jedoch könne es „bei prinzipiellen Fragen“ wie dem Naziwahlrecht „keine Kompromisse und keine Zugeständnisse geben“.¹⁸ Der generelle Ausschluss der ehemaligen NSDAP-Mitglieder wurde nun mehrere Wochen lang zu einem zentralen Punkt in der KPÖ-Propaganda, auf der 2. Länderkonferenz am 9. und 10. Oktober war die kompromisslose Haltung der KPÖ dafür verantwortlich, dass allen ehemaligen NationalsozialistInnen das Wahlrecht entzogen wurde.

Insgesamt traten die Differenzen zwischen den drei Parteien nun endgültig in den Vordergrund, auch die KPÖ intensivierte ihre Kritik an der innenpolitischen Entwicklung, allen voran an reaktionären Kreisen in der ÖVP, und deutete den Wahlkampf als Kampf gegen die Reaktion und die antidemokratischen Kräfte. Darüber hinaus hemmte der Wahlkampf die Differenzierungen innerhalb der Parteien. In der SPÖ beförderte dies die He-

gemonie des rechten Parteiflügels, das im August 1945 eingesetzte Kontaktkomitee zwischen den beiden Arbeiterparteien wurde auf Antrag von *Schärf* ausgesetzt und trat auch in weiterer Folge nicht mehr zusammen. Linkssozialistische BefürworterInnen einer Aktionseinheit mit der KPÖ konnten erfolgreich in den Hintergrund gedrängt werden.

Die KPÖ blieb zwar auch nach den Novemberwahlen Regierungspartei, der Verlauf der Regierungsverhandlungen Anfang Dezember 1945 macht jedoch deutlich, dass die Beteiligung der KPÖ an der Konzentrationsregierung *Figl* sowohl von den beiden Großparteien als auch seitens der westlichen Alliierten nur mehr als Zugeständnis an die sowjetische Besatzungsmacht gesehen wurde. Zwei Jahre später, im November 1947, war mit dem Ausscheiden von *Karl Altman* die Zusammenarbeit der drei Parteien auch formal beendet. Insgesamt war zu diesem Zeitpunkt – infolge des beginnenden Kalten Krieges und der damit verbundenen Rechtsverschiebung der außen- wie innenpolitischen Kräfteverhältnisse – die volksdemokratische Orientierung der KPÖ weitgehend unrealistisch geworden.

Anmerkungen:

1/ Vgl. zur Frage der Regierungsbildung: Mugrauer, Manfred: Die KPÖ und die Konstituierung der Provisorischen Regierung Renner, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 12. Jahrgang (2005), Heft 1, S. 1–9. Zur Tätigkeit der kommunistischen Regierungsmitglieder in den einzelnen Staatsämtern vgl. ders.: Die Politik der Kommunistischen Partei Österreichs in der Provisorischen Regierung Renner. Diplomarbeit Wien 2004, S. 155–179. Dort auch ausführliche Literatur- und Quellenangaben zu den nachfolgenden Ausführungen.

2/ Sofortprogramm zur Wiederaufrichtung Oesterreichs, hg. von der Kommunistischen Partei Oesterreichs. o.O. [Wien] o.J. [1945].

3/ Freiheit! Frieden! Österreich! Das Referat des Genossen Kopenig auf der Wiener Parteikonferenz am 13. Mai 1945. o.O. [Wien] o.J. [1945], S. 13.

4/ AKG, ZPA der KPÖ, Der organisatorische Stand der Kommunistischen Partei Österreichs [1946], S. 1.

5/ Gärtner, Heinz: Zwischen Moskau und Österreich. Die KPÖ – Analyse einer sowjetabhängigen Partei. Wien 1979; Aichinger, Wilfried: Sowjetische Österreichpolitik 1943–1945. Wien 1977.

6/ Fischer, Ernst: Der Weg der Provisorischen Regierung, in: *Weg und Ziel*, Nr. 1/1946, S. 1–12, hier S. 6.

7/ „... im eigenen Haus Ordnung schaffen“. Protokolle des Kabinettsrates 29. April 1945 bis 10.

Juli 1945, hg. von Gertrude Enderle-Burcel, Rudolf Jerábek und Leopold Kammerhofer. Horn, Wien 1995 (Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945, Bd. 1), S. 64 und S. 68.

8/ e.f. [Ernst Fischer]: Das neue Österreich braucht neue Menschen, in: *Neues Österreich*, Nr. 20, 13.5.1945, S. 1–2, hier S. 2.

9/ e.f. [Ernst Fischer]: Noch einmal: Der gordische Knoten. Die Diskussion über das Naziproblem, in: *Neues Österreich*, Nr. 287, 27.3.1946, S. 2.

10/ Altmann-Postranecky, Hella: „Hella, du bist in der Regierung!“, in: *Österreicher der 1. Stunde 1945*. Katalog zur Sonderausstellung im Dr. Karl Renner Museum Gloggnitz. Wien 1985, S. 31–35, hier S. 31.

11/ Von 1934 bis 1946. 12 Jahre Kampf für Freiheit und Demokratie. Referat des Genossen Friedl Fünberg (Sekretär der KPÖ) auf dem 13. Parteitag der KPÖ als Bericht über die Arbeit seit dem 12. Parteitag (1934), hg. vom Zentralkomitee der KPÖ. Wien [Mai] 1946, S. 20.

12/ Ein Sieg der Demokratie, in: *Österreichische Volksstimme*, Nr. 45, 27.9.1945, S. 1–2, hier S. 2.

13/ Gruber, Karl: Zwischen Befreiung und Freiheit. Der Sonderfall Österreich. Wien 1953, S. 28.

14/ Schöner, Josef: Wiener Tagebuch 1944/45, hg. von Eva-Maria Csáky, Franz Matscher und Gerald Stourzh. Wien, Köln, Weimar 1992, S. 195.

15/ Vgl. AKG, ZPA, NL Erwin Scharf, Protokoll der Sitzung des Parteivorstands der SPÖ am 19. Juli 1945, S. 6; Wagnleitner, Reinhold (Hg.): *Understanding Austria. The Political Reports and Analyses of Martin F. Herz. Political Officer of the US Legation in Vienna 1945–1948*. Salzburg 1984, S. 22; Rathkolb, Oliver (Hg.): *Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik. Vertrauliche Berichte der US-Militäradministration 1945 in englischer Originalfassung*. Wien, Köln, Graz 1985, S. 148 und S. 158.

16/ Zur Frage der Erwartungen vgl. Mugrauer, a.a.O., S. 335–338.

17/ AKG, ZPA, Referat von Johann Kopenig auf der erweiterten Präsidiumssitzung des ZK der KPÖ am 30. November 1945.

18/ Unser Kampf für nazireine Wahlen. Staatssekretär Ernst Fischer über die Stellung der Kommunisten auf der Länderkonferenz, in: *Österreichische Volksstimme*, Nr. 57, 11.10.1945, S. 1–2, hier S. 2.

www.klahrgesellschaft.at

- Sämtliche Beiträge aus den „Mitteilungen“ der Jahrgänge 1994–2004
- Übersicht über aktuelle und bisherige Veranstaltungen der AKG
- Informationen über die Sammlungen des Archivs der AKG
- Beiträge und Bibliographien zur Geschichte der KPÖ
- Publikationen der AKG

Kommunistische Frauenpolitik in der Nachkriegszeit

IRMA SCHWAGER

Im Frühsommer 1945 bin ich mit einer Gruppe von Kommunistinnen und Kommunisten und mit meiner kleinen Tochter nach einer abenteuerlichen Reise durch das zerbombte Deutschland nach Wien zurückgekommen. Trotz der schwierigen Situation im Nachkriegsösterreich waren wir voll Optimismus und überzeugt, dass die Befreiung nach den schrecklichen Jahren von Faschismus und Krieg, der Wiederaufbau der Demokratie neue Perspektiven für eine gerechte Gesellschaft entwickeln wird, die im neuen Österreich auch eine neue, gleichberechtigte Stellung der Frau sein wird. Trotz der großen Zerstörungen und des Mangels an allem war eine Aufbruchstimmung zu spüren.

Die kommunistische Frauenpolitik war darauf ausgerichtet, möglichst viele Frauen zur aktiven Vertretung ihrer eigenen Interessen und zur Mitwirkung beim Aufbau demokratischer Verhältnisse zu gewinnen. In die Provisorische Regierung wurde Hella Postranecky als Unterstaatssekretärin im Staatsamt für Volksernährung nominiert. Sie war die erste Frau in einer österreichischen Regierung. In der Ersten Republik war sie eine prominente Sozialdemokratin. In der Illegalität schloss sie sich der KPÖ an, weil, wie sie sagte, die Kommunisten den konsequentesten Kampf gegen den Faschismus führten. Hella Postranecky wurde Mitglied der Parteiführung und stellvertretende Vorsitzende der KPÖ. Sie war eine wichtige Funktionärin bei der Entwicklung der kommunistischen Frauenpolitik. „Wir brauchen Frauenaktives“, sagte sie, „die Frauenarbeit darf nicht neben der Partei und die Partei nicht neben der Frauenarbeit sein.“

Bei den Bezirks- und Ortsgruppen wurden Frauenaktives geschaffen, die besonders die Frauen und ihre Probleme ansprechen, sich um sie kümmern und sie zum Mitmachen gewinnen sollten. Es gab viele Frauenversammlungen. Im Aufruf in einer Aktivistinnenkonferenz heißt es: „Das neue Österreich braucht Frauen in Volksvertretungen, in der Stadt, in den Ländern, Gemeinden, öffentlichen Körperschaften und in der Verwaltung, Frauen in leitenden Stellen im Staat, in der Wirtschaft und Kultur.“ Am 5. August 1945 wurde in einem Aktionsprogramm der KPÖ auch die volle Gleichberechtigung der Frau im politi-

schen und wirtschaftlichen Leben unter Schutz von Mutter und Kind und spezifischen Frauenanliegen festgehalten.

Die Wochenzeitung *Stimme der Frau* wurde herausgegeben. Am 27. Oktober 1945 erschien die erste Nummer in 50.000 Exemplaren. Die Spanienkämpferin Renée Dürmayer war die erste Chefredakteurin. Die Artikel behandelten Probleme des Friedens und der Frauenrechte bis zur praktischen Hilfe und Beratung (Kochen, Nähen, Mode, Erziehung, Lesestoff usw.). Der größte Teil der Auflage wurde von uns Kommunistinnen – den so genannten Werberinnen wöchentlich zu den Frauen verschiedensten Alters und unterschiedlichster Herkunft gebracht. So konnten viele persönliche Kontakte hergestellt werden. Später wurde die Organisation Hausfrauenhilfe gegründet, wo Schneiderinnen in der Zeit des großen Mangels die Frauen kostenlos beraten haben, wie man aus Alt Neu macht. Manche Decke und manches Uniformstück verwandelte sich in Kostüm oder Mantel.

In der ersten Nachkriegszeit ging es ums Überleben. Die Lebensmittelversorgung war katastrophal. 1945 starben 16 Prozent der Kinder, die in diesem Jahr geboren wurden. Im Dezember 1946 hat ein Aktionskomitee der Frauen, in dem Vertreterinnen aller drei Parteien waren, unter dem Titel „Rettet das Kind“ eine Kundgebung in den Sofiensälen abgehalten. Es forderte, dass die Frauen in den Fragen der Lebensmittelzuteilungen mitreden und mitbestimmen sollen. Im Kampf gegen den Hunger und für die Versorgung der zum Leben wichtigsten Dinge haben die Frauen Großartiges geleistet: Wegräumen der Kriegsschäden, Essen beschaffen, Milch für die Versorgung der Kinder, Heizmaterial, Glas für die Fenster, Bekleidung usw. mussten besorgt werden. Die abziehenden Faschisten haben noch Lebensmittel vernichtet und viel Schaden angerichtet. Nicht selten war zusätzlich die Unfähigkeit von Ämtern und Sabotage die Ursache mangelhafter Aufbringung von Lebensmitteln. Große Mengen verschwanden im blühenden Schleichhandel.

Gegen die Missstände organisierten Kommunistinnen Demonstrationen und Delegationen zu den verantwortlichen Stellen in verschiedenen Städten. Sie forderten bessere Kontrolle, Festsetzung der Preise und entschiedenes Vorgehen gegen den Schleichhandel. So haben zum Bei-

spiel in Leoben im März 1947 3000 Frauen bei einer Demonstration teilgenommen, weil der sogenannte Lebensmittelaufbruch nicht erfüllt wurde. Es gibt sicher keine andere Partei, in der sich so viele Frauen bemüht haben zu helfen und viel Zeit und Energie dafür aufgewendet haben.

Gerne erinnere ich mich an die gute Zusammenarbeit mit Resi Scheiring in Tirol, Agnes Primocic in Salzburg, Anni Haider in Oberösterreich, Rosl Kranz und Maria Greilberger-Cäsar in der Steiermark, Hermine Klapper und Steffi Hoffmann in Wien, das sind nur einige Namen von Kommunistinnen, die führend am Überlebenskampf, an der Überzeugung der Frauen für ein gemeinsames Handeln teilgenommen haben.

Bei einer Großkundgebung zum internationalen Frauentag 1946 hob der Vorsitzende der KPÖ die bedeutende Rolle der Frauen hervor und betonte, dass der Kampf um die wirkliche Gleichberechtigung der Frau nicht allein Sache der Frauen sein kann, sondern aller, die ein wahrhaft demokratisches und fortschrittliches Österreich wollen.

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Abwurf der Atombombe am 6. und 9. August 1945 auf Hiroshima und Nagasaki hat eine bedrohliche Entwicklung des Wettrüstens begonnen. „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ war ein Grundbedürfnis der Frauen. Kommunistinnen haben Tausende Unterschriften unter den „Stockholmer Appell“ zum Verbot der Atomwaffen gesammelt und gegen SS und Soldatentreffen protestiert und demonstriert, die den verbrecherischen Krieg als Vaterlandsverteidigung verherrlicht haben.

1946 wurde auf Initiative der KPÖ eine überparteiliche Frauenorganisation geschaffen. Die Widerstandskämpferin Anna Grün – auf deren Initiative die Kinderübernahmestelle der Polizei gegründet wurde – und die ehemalige sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Maria Köstler gründeten mit Frauen wie Grete Schüttele-Lihotzky, die aus dem KZ und aus den Gefängnissen gekommen waren und Frauen aus dem Kulturbereich wie die Schriftstellerin Lina Loos, die Schauspielerinnen Maria Eis und Hilde Wagener und andere das erste Komitee des *Bundes demokratischer Frauen* (BDF) in Wien.

Das Klima des Kalten Krieges und die Diffamierungen haben die überparteiliche



Hella Postranecky, Unterstaatssekretärin 1945 und BDF-Funktionärin

Zusammenarbeit sehr erschwert. In der KPÖ war man von der Notwendigkeit des Zusammenwirkens der Frauen für ihre Forderungen überzeugt. Deshalb wurde beschlossen, die Frauenaktivs in der KPÖ aufzulösen und den „Bund demokratischer Frauen Österreichs“ als überparteiliche selbständige Frauenorganisation politisch und finanziell zu unterstützen. Auf Initiative der Kommunistinnen wurden in vielen Städten Gruppen des BDFÖ gegründet und damit 1948 eine österreichweite Organisation geschaffen. Präsidentin wurde die Architektin Grete Schütte-Lihotzky und Generalsekretärin Hella Postranecky. Leider haben die bürgerlichen Frauen nach dem Beschluss, sich der *Internationalen Demokratischen Frauenföderation* (IDFF) anzuschließen, den Bund verlassen, weil sie diese Organisation als zu kommunistisch beeinflusst sahen.

Die *Internationale Demokratische Frauenföderation* wurde am 10. Dezember 1945 in Paris gegründet. Wir Österreicherinnen haben durch den Anschluss an diese Organisation und die Teilnahme an internationalen Frauenkongressen an vielen Friedens- und Solidaritätsaktionen teilgenommen und Impulse für unsere eigene Arbeit bekommen. Wir haben viele tapfere Frauen aus allen Kontinenten kennengelernt, von ihren Problemen gehört und aus ihren Erfahrungen gelernt. Auch in Salzburg und Wien haben Kongresse dieser internationalen Frauenorganisation stattgefunden und Frauen aus aller Welt nach Österreich gebracht.

Der *Bund demokratischer Frauen* hat sich durch sein Bemühen um Zusammenarbeit und seine vielfältige Tätigkeit mit und für die Frauen Anerkennung er-

worben. Er engagierte sich für Frieden und Abrüstung, gegen Neofaschismus und für die Rechte der Frauen. Der Bund intervenierte bei den Justizministern und Abgeordneten für die Reform des veralteten Ehe- und Familienrechts aus dem Jahr 1811 und für die Abschaffung des Paragraphen 144, für die Durchsetzung des gleichen Lohnes für gleichwertige Arbeit, für gleiche Bildungs- und Aufstiegschancen und für ausreichende und gute Kindereinrichtungen und bessere Lebensverhältnisse für die Familien. Unsere Frauen haben mit großem Engagement und mit Beharrlichkeit, trotz aller Schwierigkeiten, im Bemühen um die Fraueninteressen nicht locker gelassen.

Immer wieder haben auch Frauen, die anderen Parteien angehörten oder parteilos waren, an den Aktivitäten mitgewirkt. Zum Beispiel waren im antifaschistischen Uraniakomitee, das auf Initiative von Grete Schütte-Lihotzky entstanden ist, Frauen verschiedenster Weltanschauung beteiligt. Über drei Jahrzehnte wurden in der Urania monatlich antirassistische und Antikriegsfilme gezeigt, zu denen auch die Schulen eingeladen wurden, um der Jugend das wahre Gesicht von Faschismus, Rassismus und Krieg und die katastrophalen Auswirkungen des Antisemitismus zu zeigen, was damals im Unterricht noch keine Rolle spielte.

Die kommunistischen Mandatare im Parlament, in den Gemeinden, Betrieben und Gewerkschaften unterstützten die Forderungen der Frauen. So hat zum Beispiel Ernst Fischer im Parlament schon 1945 die Abschaffung des § 144 gefordert, der Generationen von Frauen ins Unglück stürzte und nicht wenigen das Leben gekostet hat. So weit ich mich erinnern kann, haben auch die Gemeinderäte Lauscher und Karger in Wien und Ernst Gold in Hallein und andere die Gemeinden aufgefordert, sich dafür einzusetzen.

Johann Kopenig unterbreitete im Parlament die Vorschläge des Bundes zur Reform des veralteten Ehe- und Familienrechts, das faktisch die Entmündigung der Frau enthalten hat, weil der Mann als „Haupt der Familie“ über die Frau bestimmen konnte, zum Beispiel ihr verbieten, einen Beruf auszuüben. Die Mutter hatte nicht einmal das Recht, einen Pass für ihr Kind zu unterschreiben. Franz Honner verlangte Maßnahmen, die den Frauen Zutritt zu allen Berufen sichert und wandte sich scharf gegen die Bestrebungen, Frauen als erste auf Abbaulisten zu setzen, was nach der Heimkehr der Soldaten aus der Kriegsgefangenschaft

oft der Fall war. In der Gewerkschaft haben Leopoldine Fialka im Vorstand der Textilarbeitergewerkschaft so wie viele andere Kommunistinnen in den Betrieben und Gewerkschaften die Anliegen von berufstätigen Frauen vertreten.

In der KPÖ gab es viel Unterstützung aber auch Kritik und Diskussionen um die Frauenpolitik. So wurde kritisiert, dass in der Partei den Problemen der Frauen zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Im Juni 1948 sprach der Vorsitzende der KPÖ bei einem Plenum des Zentralkomitees von der bedeutenden Rolle der Frauen, die fast 40 Prozent des Mitgliederstandes waren, stellte aber fest, dass ihre Aktivität weder in den Leitungen noch in der Zusammensetzung der Konferenzen zum Ausdruck kommt. Die Frauen kritisierten, dass verzapfte Traditionen und Vorurteile bis in die Reihen der Partei hineinwirken. Aus eigener Erfahrung, ganz persönlich, weiß ich aber auch, dass oft den Frauen Mut gemacht wurde und sie überzeugt werden mussten, verantwortliche Funktionen zu übernehmen. Später gab es die Kritik, dass die Partei die Frauenarbeit ganz dem Bund überlasse und zu wenig als KPÖ selbst in Erscheinung trete.

Zusammenfassend kann man sagen: Die Frauenpolitik der KPÖ hat ihr Ziel der Schaffung einer starken überparteilichen Massenorganisation der Frauen nicht erreicht, aber Kommunistinnen und Kommunisten haben sicher dazu beigetragen, vieles in Bewegung zu bringen, Frauenbewusstsein zu stärken und damit zur Durchsetzung wesentlicher Gesetze wie zum Beispiel die Fristenlösung oder die Reform des Ehe- und Familienrechts und vieler sozialpolitischer Regelungen beigetragen. Nicht zuletzt dazu, dass die Diskussionen und politischen Auseinandersetzungen um den immer noch ungleichen Lohn, den bestehenden Mangel an Kinderbetreuungseinrichtungen im reichen Österreich, die Doppelbelastung der Frauen, die gleichen Bildungschancen für alle Kinder auch heute im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit stehen und nicht mehr ignoriert werden können. Kommunistische Frauenpolitik war und blieb ein Bestandteil des Kampfes um Demokratie und eine bessere sozialistische Gesellschaft, wie es auch den Traditionen der revolutionären Arbeiterbewegung entspricht.

Referat am Symposium der Alfred Klahr Gesellschaft „Befreiung und Wiederaufbau – Die KPÖ als Regierungspartei“ am 16. April 2005 in Wien.

Erwin Chargaff und sein Wien

Ein paar Randnotizen zu seinem hundertsten Geburtstag

GERHARD OBERKOFER

Erwin Chargaff, geboren am 11. August 1905 als Kind des Hermann Chargaff (1870–1934) und der Rosa geborene Silberstein (1878–1943) in der damaligen Hauptstadt des österreichisch-ungarischen Kronlandes Bukowina Czernowitz, kam erst mit Beginn der Mittelschule nach Wien.¹ Dorthin war Hermann Chargaff, der in Czernowitz 1910 seine eigene kleine Bank hatte liquidieren müssen und auch sonst kein Glück mit diversen Finanzgeschäften hatte, mit seiner Familie – 1910 war eine Tochter geboren – wegen der Kriegsereignisse im Herbst 1914 übersiedelt.² Im Adressbuch 1923 wird er als Prokurist der Anglo-Bank mit Wohnung im III. Bezirk, Wassergasse 14 genannt.³ Rosa Chargaff wurde von den Nazis 1942 aus ihrer Wohnung verjagt und im April 1943 nach Polen deportiert, wo sie umkam. Bemühungen ihres schon in den USA lebenden Sohnes, ihre Ausreise zu ermöglichen, waren gescheitert: „Ein Schurke von einem Wiener Arzt und ein herzloser amerikanischer Konsul hinderten sie mit vereinten Kräften daran, vor Kriegsausbruch zu mir nach New York zu kommen“.⁴ Im Rückblick erachtet Erwin Chargaff Wien als seine „Heimatstadt“: „Jedenfalls ist es Wien, wo mein Vater begraben liegt, und aus Wien haben sie meine Mutter weggeschleppt.“⁵

Wiener Startbedingungen für eine intellektuelle Vita

Erwin Chargaff hatte einen gutbürgerlichen Hintergrund, er hatte warmherzige Eltern, die ihm eine anregende und verhältnismäßig sorgenfreie Entwicklung ermöglichten. 1915 trat er in das Währinger Gymnasium ein und maturierte 1923 mit Auszeichnung am Bundesgymnasium Wien IX. (Wasagymnasium). Die jüdische Religion spielte in seiner Familie keine Rolle, Erwin Chargaff unterstreicht, dass er nie in einer Synagoge gewesen sei und: „ich habe nie einer Religion angehört“.⁶ Er wurde also erst durch den rassistischen Antisemitismus und die Nazigesetze wirklich zum „Juden“. Chargaff war ein leicht lernender Schüler und rasch im Begreifen. Die Vorlesungen von Karl Kraus (1874–1936), die für eine kleine Schicht von Wiener intellektuellen Jugendlichen „Kult“ – Charakter hatten – es gab ja

noch keine Manipulation durch das Fernsehen etc. – wurden vom Schüler Chargaff regelmäßig besucht, sie übten auf ihn einen prägenden Einfluss aus: „Niemand hat einen größeren Einfluß auf die Jahre meines Wachsens gehabt; seine ethischen Lehren, seine Vision der Menschheit, der Sprache, der Dichtung hat mein Herz niemals verlassen.“⁷ Viel Interesse an der Naturwissenschaft existierte in diesem Milieu nicht, man wandte sich der Literatur und Kunst zu. Seine Sammlung von mehr als hundert Programmblättern der Kraus-Abende oder -Nachmittage war samt seinen Büchern nach der Vertreibung der Mutter aus der Wiener Wohnung von den echten Wienern geplündert worden. In seinen Erinnerungen kommt Chargaff auf Kraus in ungebrochener Verehrung für diesen ausführlich zu sprechen, sein eigener Kulturpessimismus und Individualismus wird ein Spiegelbild von Kraus. Durch Kraus hatte Chargaff auch die Gesellschaftskritik von Johann Nepomuk Nestroy (1801–1862) schätzen gelernt. Mit seinem besten Freund Albert Fuchs (1905–1946), von dem das so anregende Buch „Geistige Strömungen in Österreich 1867–1918“ stammt,⁸ diskutierte er endlos über das Schreiben.⁹ Fuchs, aus der Emigration nach Wien zurückgekehrt, bedauerte in seinem letzten, unterm 17. August 1946 datierten Brief an den schon seit vielen Jahren in den USA arbeitenden Chargaff, dass dieser nicht in Wien sei, „das Ganze wäre lustiger, wenn wir zusammenarbeiten könnten. Komm wenigstens bald auf Besuch!“¹⁰ Zuvor hatte er ein paar Anmerkungen über das durch die Nazizeit verödete Wiener Kulturleben gemacht, das müsse er als „einen großen Misthaufen bezeichnen“: „Man merkt, dass die Juden weg sind“, und in Anspielung an die gemeinsame Bewunderung der Grammatikdisziplin von Kraus schreibt er, dass „berühmte Schriftsteller glauben, dass die Apposition immer im Dativ steht“. Der frühe Tod von Fuchs am 29. November 1946 hat Chargaff gewiss nicht ermuntert, an eine Rückkehr nach Wien überhaupt zu denken.

Mit dem Studienjahr 1923/24 inskribierte Chargaff an der Technischen Hochschule Chemie, wechselte mit dem Wintersemester 1924/25 dann aber doch

an die Universität, wo er das analytische Studium im I. Chemischen Universitätsinstitut beendete, dort das organische Praktikum machte und am II. Chemischen Universitätsinstitut das ihm von Fritz Feigl (1891–1971) gestellte Dissertationsthema „Beiträge zur Kenntnis der Reaktionsfähigkeit des elementaren Jod“ im März 1928 fertig stellte. Als Religionsbekenntnis hat Chargaff an der Wiener Universität das mosaische angegeben.¹¹ Chargaff erwähnt ausdrücklich: „Diese Arbeit wurde von Herrn Privatdozenten Dr. F. Feigl angeregt und unter seiner Anleitung im II. Chemischen Universitätslaboratorium ausgeführt.“¹² Feigl war damals Privatdozent im II. Chemischen Institut, dessen Vorstand Ernst Späth (1886–1946) Feigl den Erwerb der Lehrbefugnis überhaupt erst ermöglicht hatte, weil die Technische Hochschule Feigl aus offenkundig antisemitischen und antisozialistischen Gründen abgelehnt hatte. Späth beurteilte am 19. April 1928 als Institutsvorstand die Dissertation von Chargaff: „Der Verfasser zeigt, dass bei der Einwirkung von Jod auf das Silbersalz des Saccharins Jodsilber entsteht, wenn als Lösungsmittel Stoffe in Betracht kommen, welche Jod mit brauner Farbe lösen, während in Flüssigkeiten, in denen Jod mit violetter Farbe löslich ist, zumeist keine merkliche Umsetzung erfolgt. Bei stattgefundenener Reaktion entsteht wahrscheinlich als Zwischenprodukt ein am Stickstoff jodiertes Saccharin, das durch Hydrolyse in Saccharin übergeht. Der Autor schliesst aus den erhaltenen Versuchen, dass Jod in braun lösenden Lösungsmitteln reaktionsfähiger ist als in violett lösenden. Ferner findet der Verfasser, dass die von Raschig¹³ entdeckte Katalyse der Einwirkung von Jod auf Azide durch Natriumthiosulfat auch durch lösliche und unlösliche Metallsulfide und ferner durch einige Typen von S-hältigen organischen Verbindungen bewerkstelligt wird. Anschliessend wird auf die Verwendung dieser Reaktion zur Lösung einiger Probleme eingegangen. Die Arbeit ist genügend zur Zulassung zu den strengen Prüfungen.“¹⁴ Der vor seiner Emeritierung stehende Rudolf Wegscheider (1859–1935) stimmte dem zu.

Chargaff hat Chemie studiert, ohne dass er von diesem Fach zuerst irgendei-

ne konkrete Vorstellung gehabt hatte. Die alten österreichischen Gymnasien hatten so gut wie keinen Chemieunterricht. Es war seine Neugier an der Naturwissenschaft insgesamt, nicht zuletzt hatte ein Onkel von ihm eine Alkoholraffinerie, die eine Anstellung in Aussicht gestellt hat. Als Student wohnte er bei einer Tante im I. Bezirk, Börseplatz 6, weil in der elterlichen Wohnung seine Mutter wegen der finanziell angespannten Situation Zimmer vermieten musste. Die Ausbildung an der Wiener Chemie beurteilt Chargaff im Nachhinein wenig günstig, er meint, er habe von seinen Lehrern „nicht viel“ gelernt.¹⁵ Feigl, der wegen seiner mikrochemischen Arbeiten (Tüpfelanalyse) zu dieser Zeit schon einen hervorragenden Ruf hatte, habe er bloß gewählt, weil bekannt gewesen sei, dass dessen Probleme „weder viel Zeit noch viel Geld erforderten“. Feigl, der von den Nazis aus Wien vertrieben wurde und in Brasilien sich eine angesehene Position wieder aufbauen hatte können, veröffentlichte mit Chargaff 1928 zwei mit der Dissertation zusammenhängende Arbeiten, der Kontakt zwischen beiden brach dann ab. Chargaff unterstellt Feigl, er habe seinen Wohlstand indirekt durch seine Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie erlangt, „denn in Wien herrschten die Sozialdemokraten“.¹⁶ Autobiographen überzeichnen eben ihren Individualismus und ihre Originalität. Während seiner Studentenjahre hatte Chargaff die Ereignisse rund um den Justizpalastbrand, ein „Werk des eisernen Prälaten“, aber auch „das parlamentarische Geschwätz“ der österreichischen Sozialdemokratie erlebt.¹⁷ Chargaff blieb in der Wissenschaft, er entschied sich, unterstützt durch ein Stipendium, an die Yale University zu gehen. Die notwendigen Englischkenntnisse hatte er schon recht gut bei zwei älteren Damen aus Cambridge in Wien gelernt, die dort eine kleine Sprachschule unterhielten. Im September 1930 ging er nach einem Zwischenstopp in Wien, inzwischen mit der Studentin Vera Brodido (+1995) verheiratet, nach Berlin an das Hygieneinstitut. Die Option, an ein Moskauer Institut zu gehen, hatte Chargaff rasch verworfen. Es waren nicht die politischen Verhältnisse in Wien¹⁸, sondern vielmehr die tristen ökonomischen Bedingungen für die Wissenschaft, die Chargaff zu diesen Schritt veranlasst haben. Im April 1933 musste er Berlin fluchtartig in Richtung Paris verlassen, wo er, inzwischen als Bakterienchemiker profiliert, eine Anstellung am Institut Pasteur fand. Ende April 1934 konnte er

in die USA ausreisen, wo ihn der Biochemiker Hans T. Clarke (1887–1972) an der Columbia aufnahm. 1933, schon in Paris, hatte der 28-jährige Chargaff für das von Emil Abderhalden (1877–1950) herausgegebene Handbuch der biologischen Arbeitsmethoden die Zusammenfassung der „Methoden zur Untersuchung der chemischen Zusammensetzung von Bakterien“ geschrieben.¹⁹

Chargaff gehörte in den USA, zuletzt in New York, bald zur ersten Garnitur seines Faches und half an vorderster Front mit, die Grundlagen für die heutige Genforschung zu schaffen. In den Würdigungen der Nobelpreisträger Francis Crick (1916–2004) und James Watson (*1928) für deren Entdeckung der Doppelhelix – Struktur der DNS werden die dieser Entdeckung vorausgegangenen und ihr bahnbrechenden experimentellen Arbeiten von Chargaff meist verschwiegen. Auch der Wiener Physiker Anton Zeilinger erwähnt seinen Namen nicht, wenn er auf Crick und Watson zu sprechen kommt, wohl aber, dass beide vom Büchlein „What is Life? The Physical Aspect of the Living Cell. Based on lectures delivered under the auspices of the Institute at Trinity College, Dublin, in February 1943“ (Cambridge at the University Press 1945) des Wiener Nobelpreisträgers Erwin Schrödinger (1887–1961) inspiriert worden sind.²⁰ Diese Schrift von Schrödinger zählt zu den Klassikern der Wissenschaft des 20. Jahrhunderts und hat mit ihren Passagen über die Chromosome Chargaff²¹ und die Anfänge der Molekularbiologie stimuliert. Auf Schrödinger hat im übrigen der von Chargaff verehrte Heraklit mit seiner Vorstellung, „dass diese Welt uns allen gemeinsam ist, oder, richtiger gesagt, allen wachen, geistig Gesunden“, besonderen Eindruck gemacht.²²

Briefwechsel mit Engelbert Broda

Obschon Chargaff nach der Befreiung Österreichs zu den innovativsten österreichischen Wissenschaftlern im Ausland zählte, war sein Name in österreichischen Emigrantenkreisen weniger bekannt. Die Molekularbiologie war ein noch sehr junges Gebiet. Engelbert Broda (1910–1983), der 1945 in Großbritannien versuchte hatte, exilierte österreichische Spitzenwissenschaftler zur Unterstützung der danieder liegenden österreichischen Wissenschaft zu gewinnen, war Chargaff zuerst offenkundig nicht bekannt gewesen, jedenfalls persönlich nicht, in der Korrespondenz mit Feigl wurde Chargaff, was nahe liegend

gewesen wäre, nicht genannt.²³ In seinen späteren wissenschaftshistorischen Arbeiten über die Entwicklung der Naturwissenschaften in Österreich nennt Broda dann Chargaff an prominenter Stelle, so 1971 in seinem historischen Rückblick „Biophysik in Österreich“ mit dem Bemerkung, dass „dessen Arbeiten über DNS am Eingang der Molekularbiologie stehen, wenn er auch dieses Gebiet kritisch betrachtet“.²⁴ Chargaff selbst hatte offenkundig kein Interesse, an der Rekonstruktion der österreichischen Wissenschaft mitzuwirken. Die US-Amerikaner hätten es wohl zu verhindern gewusst, dass Chargaff mit seinem Wissen nach Wien, wo die Sowjets waren, zurückkehrt. Sie hatten die Übersiedlung von Richard Kuhn (1900–1967) aus Heidelberg nach Wien deswegen unterbunden.²⁵ Wann der Wiener Biochemiker Otto Hoffmann-Ostenhof (1914–1992), 1944/45 Mitglied der Widerstandsgruppe am I. Chemischen Institut, mit Chargaff in näheren Kontakt gekommen ist, ist vorerst noch nicht im Detail bekannt. Hoffmann-Ostenhof hat die Ernennung von Chargaff zum Honorarprofessor der Universität Wien am 2. Jänner 1975 betrieben. Zu dieser Zeit war Chargaff in Wien natürlich schon wieder persönlich bekannt und gern gesehener Gast. Anfang der 1970er Jahre scheint Chargaff sogar überlegt zu haben, ganz nach Wien heimzukehren. Da war die klassische Periode der Molekularbiologie, die Chargaff mitgeprägt hat, allerdings schon zu Ende.

Am 30. Juni 1975 schreibt Chargaff mit Briefkopf der Columbia University, College of Physicians & Surgeons, Department of Biochemistry, Cell Chemistry Laboratory, New York N. Y. 10032, an Broda:²⁶ „[...] es war sehr freundlich von Ihnen, mir zu schreiben und mir das Seminarprogramm zu schicken, welches vielversprechend aussieht. Ich möchte mich gern an diesem Seminar beteiligen; aber was ich auf Ihre Einladung antworten soll, weiss ich nicht recht. Was hat Ihnen die Idee gegeben, dass ich nächstes Jahr in Wien sein werde?“

Die Sache steht nämlich so. Als ich im Oktober 1973 zuletzt in Wien war, habe ich gehofft, dass die Regierung mir helfen wird, eine erschwingliche grosse Wohnung zu finden. Demgemäss schrieb ich im Jänner 1974 an die Ministerin – ich habe aus Gründen, die in der Berggasse erforscht worden sind²⁷, ihren Namen verdrängt²⁸ – wurde aber keiner Antwort gewürdigt. Darauf habe ich das ganze ad acta gelegt.

Vor paar Monaten erhielt ich dann plötzlich ein Anstellungsdekret als Honorarprofessor der Wiener Universität, weiss aber jetzt nicht, was ich damit anfangen soll. Ich hatte mich schon fast entschlossen, in New York zu bleiben, da mir ein Forschungslabor angeboten wurde, das mir auch noch etwas extra Geld einbringen würde. Anfang Oktober muss ich mich endgültig entscheiden, da ich zu dieser Zeit mein altes schönes Labor in Columbia werde räumen müssen. Den Gedanken an einen ständigen Aufenthalt in Wien habe ich keineswegs begraben; nur müsste da ‚dem Greis vom Dach heruntergeholfen‘ werden.

Es bliebe also nur die Möglichkeit, dass ich fallweise nach Wien komme, um ein paar Vorträge zu halten. Da wir am 3. Juli ohnedies, wie jedes Jahr, in die Schweiz fahren (meine Adresse vom 15.7. bis 31.8. ist: Park Hotel, CH – 3823 Wengen) hatte ich gehofft, nachher nach Wien kommen zu können. Nun ist da etwas dazwischengekommen: mir wurde nämlich lächerlicherweise die National Medal of Science verliehen; und ich muss anfangs September im White House erscheinen, um sie aus den Händen des Präsidenten entgegenzunehmen. Wann und ob ich nach Oesterreich kommen kann, ist demnach ungewiss geworden. An sich täte ich es sehr gern. Ich erinnere mich mit Vergnügen an meinen Vortrag im Oktober 1973.

An Themen würde es nicht hapern, z.B.: 1) Einige naive Betrachtungen über Reduktion in der Biologie. – 2) Das grosse Dilemma der biologischen Wissenschaften. – 3) Ueber den Einfluss der Biochemie auf die Genetik. – 4) Einiges, das ich weiss, und vieles was ich nicht weiss. (Das ist ein Potpourri über Gott und die Welt und die Biochemie.) – usw.

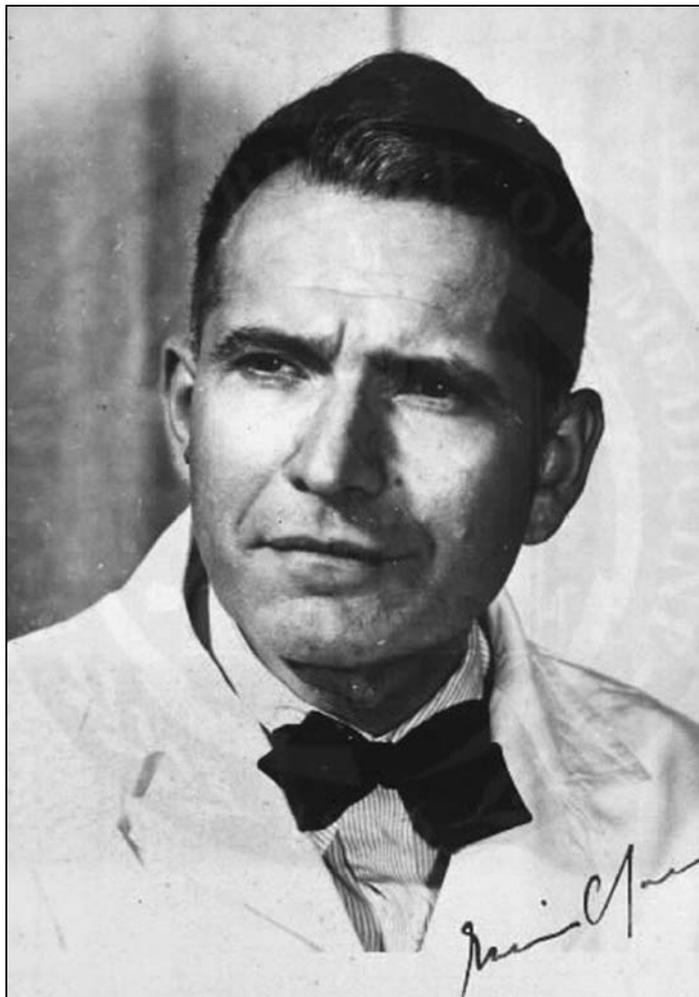
Ich würde mich freuen, wenn Sie mir wieder schreiben würden. Ich habe in der letzten Zeit viel allgemeines Zeug geschrieben. Sobald ich Separata habe, schicke ich sie Ihnen. [...].“

Am 26. September 1975 meldet sich Chargaff bei Broda nochmals: „[...] Gemäss meinem Versprechen habe ich vor kurzem gleich nach meiner Rückkehr nach New York einige Sonderdrucke an Sie abgeschickt. Diese handeln ausschliesslich von allgemeinen Themen und geben Ihnen vielleicht einen warnenden Geschmack davon, wie meine Seminare aussehen würden. Mit speziellem Zeug, das ich hier und da publiziere, wollte ich sie gar nicht erst belästigen.“

Ich möchte es gern möglich machen, nächste Frühjahr für einige Wochen nach

Wien zu kommen und derart meinen ‚Honorar‘ – Verpflichtungen zu entsprechen, weiss aber noch nicht, ob ich es machen kann. Ich bin gerade dabei, die Möglichkeit einer Übersiedlung meines Laboratoriums an einen anderen Platz in New York zu untersuchen, und wenn man wieder in Ketten ist, so bleibt man in Ketten. [...].“

Chargaff konnte sein Cell Chemistry Laboratory tatsächlich vom Department of Biochemistry an der Columbia University in New York an das dortige Roosevelt Hospital (428 West 59th Street, N. Y. 10019) verlegen, weshalb er seine Wien Pläne nicht weiter verfolgte. Der Kontakt von Chargaff zu Broda und Wien lockerte sich wieder. Broda hat nach 1945 immer wieder versucht, die existentielle Bedrohung der Menschheit durch einen Krieg mit Kernwaffen im öffentlichen Bewusstsein präsent zu halten und die Notwendigkeit von Friedensbemühungen aus wissenschaftlicher Sicht zu unterstreichen. In den siebziger Jahren griff er auch in die Debatte zur Verhinderung schädlicher Anwendungen von Wissenschaft und Technik ein und engagierte sich zu spezifisch österreichischen Problemen wie zur Erhaltung der Kulturlandschaft Wachau oder zur friedlichen Nutzung der Kernenergie (Zwentendorf).²⁹ Broda sah in diesen bestimmten Bereichen in Chargaff einen potentiellen Bündnispartner und nahm mit ihm wieder Kontakt auf. Chargaff antwortet am 16.1.1979 mit offiziellem Briefkopf der neuen Laboratoriumsadresse, aber schon unter Angabe seiner Privatadresse: 350 Central Park West, New York, N. Y. 10025: „[...] Ihr Lebenszeichen habe ich mit Freuden empfangen. Wir haben uns schon sehr lange nicht gesehen, denn infolge einer schweren Erkrankung meiner



Frau im vergangenen Jahr mussten wir unseren für den Sommer geplanten Besuch in Wien absagen. Ob wir dieses Jahr kommen können, ist noch ungewiss.

Ihre Aufsätze haben mich wirklich sehr interessiert, denn sie sind in einem Ton der Anständigkeit geschrieben, den man mitten im amerikanischen wissenschaftlichen Alltag fast schon vergessen hat. Natürlich gibt es in Amerika mehr Gegner des atomaren Wachstums als irgendwo sonst, aber die wirklichen Wissenschaftler, mit wenigen löblichen Ausnahmen, verhalten sich auffallend still; teils weil sie sonst kein Geld für ihre Forschung kriegen, teils weil hier die meisten Angst davor haben, sich in einer Minorität zu befinden. Was Sie vorschlagen, ist so vernünftig, dass es wenig Chancen hat durchgeführt zu werden.

Dass Sie mein Buch schon gesehen haben, hat mich wirklich überrascht. Ich hatte den Eindruck, dass es noch kaum über das Tor des Verlagslagerhauses hinausgekommen ist. Das leidige Buch gibt mir noch immer zu schaffen, denn ich bin jetzt mit der etwas veränderten deutschen Fassung beschäftigt, die angeblich und hoffentlich im Herbst bei Klett erscheinen soll. [...] P. S. Hoffentlich geht es Ihnen gesundheitlich wieder gut. Ich

schicke Ihnen mit gewöhnlicher Post meine zwei letzten deutsch geschriebenen Aufsätze.“

Broda, der sich, wie nicht nur aus seiner Biographie von Ludwig Boltzmann³⁰ deutlich wird, für die Lebensgeschichte von österreichischen Naturwissenschaftler sehr interessiert hat, dürfte die zuerst in den USA in Erinnerung an einen der Begründer der Dialektik benannten Autobiographie von Chargaff „Heraclitean fire: sketsches from a life before nature“ angekündigt gesehen haben, die dann in deutsch herauskam.³¹ Heraklit von Ephesos (um 550–480 v. u. Z.), der im Feuer das Grundelement der Welt sieht, hat als erster abendländischer Denker auf das Problem der inneren Gegensätzlichkeit oder des Selbstwiderspruchs in ein und derselben Sache aufmerksam gemacht.³² Er hat auch vor dem Glauben an bloße Wörter gewarnt, an Wörter mit einem Scheinsinn,³³ woran Chargaff bei der Wahl des Titels vielleicht mit gedacht hat. Broda sandte Chargaff ein paar Artikel zu Fragen des Atomkrieges zu, worauf Chargaff am 4. Mai 1979 antwortet: „[...] Herzlichen Dank für die Abdrucke Ihrer Artikel über Atomkrieg und ähnliche nette Dinge. Ich habe die Aufsätze, die wahrscheinlich mit der Pugwash-Konferenz zusammenhängen, mit dem grössten Interesse gelesen. Wie ich Ihnen schon früher gesagt habe, gefällt mir Ihre menschliche Art, die Probleme zu erörtern, sehr gut.“

Ich habe es fast aufgegeben, mich über die grausigen Neuigkeiten zu informieren, denn ich bin völlig hoffnungslos. Langsam aber sicher geht es irgendeinem Ende zu; nicht, weil die Menschen es wollen, sondern weil der Zusammenhang zwischen ihnen und den ‚regierenden Schichten‘ gänzlich unterbrochen ist. Natürlich sind auch die Regierenden selbst Marionetten, die an Drähten hängen, von denen ich nicht sagen kann, wer sie bewegt, es sei denn der Teufel.

Übrigens hoffen meine Frau und ich von 5.–26. Juni in Wien zu sein, da die Österreichische Gesellschaft für Literatur uns eine Wohnung angeboten hat. [...] Hoffentlich können wir uns treffen. [...].“

Broda lud Chargaff natürlich sofort zu einem Vortrag ins Chemiegebäude ein, der am 22. Juni 1979 „über den gegenwärtigen Stand der reinen Naturforschung“ stattfand. Broda war als Marxist im Prinzip Optimist in Hinsicht auf den Fortschritt der Menschheit, weshalb er den auf die Spitze getriebenen und Hilflosigkeit signalisierenden Skeptizismus von Chargaff nicht teilen wollte.

Mit viel Sympathie, aber doch eindeutiger Kritik schreibt er am 16. Juli 1979 an den nach den USA zurückgekehrten Chargaff: „[...] Hoffentlich haben Sie und Ihre Frau in Europa noch eine gute Zeit gehabt. Ich habe mich sehr gefreut, Sie wieder getroffen zu haben und ich kann Ihnen berichten, daß Ihr Vortrag allgemein außerordentlich interessiert und Denkprozesse in Bewegung gesetzt hat. Nochmals vielen herzlichen Dank für Ihre Bereitschaft, bei uns zu reden.“

Wie Sie wissen, habe auch ich viel Sympathie für Ihre Vorstellungen und Ihre Kritik am Wissenschaftsbetrieb. Auch mir war Ihr Vortrag sehr wichtig. Allerdings gestehe ich, daß ich auch bei Ihnen, ebenso wie bei dem von mir verehrten Karl Kraus, doch ein Bedauern fühle, daß konstruktive und auf die Zukunft gerichtete Ideen nicht zu Ihrem Recht kommen.

Mehr will ich gegenwärtig nicht sagen. Ich hätte natürlich als Vorsitzender auch mit meinen eigenen Anschauungen eingreifen können, doch wollte ich dies nicht. Da wir am nächsten Morgen auf unseren Laborausflug gefahren sind, der übrigens sehr schön abgelaufen ist, war dann auch keine Gelegenheit mehr zu einem weiteren Gespräch. Jedoch hoffe ich außerordentlich, daß wir uns bald wieder treffen können. [...].“

Am 26. September 1979 antwortet Chargaff mit privatem Briefkopf: „[...] Ihr Brief vom 16.7., den Sie an meine Wohnung in New York richteten, ist dort herumgelegen bis zu unserer Rückkehr vorgestern aus Europa, wo wir uns mehr als 3 ½ Monate aufhielten. Wir waren lange Zeit in der Schweiz und dann noch in Paris, und ganz am Ende musste ich nach Bonn, da der Forschungsminister mich zu einer ‚Anhörung über Gentechnologie‘ einlud. Dort hatte ich Gelegenheit, meine Meinung über die geplante widerliche Herumpanscherei mit Genen usw. zu sagen.“

Bitte entschuldigen Sie also die Verzögerung, mit der ich auf Ihren antworte. Uns hat es dieses Mal in Wien besser gefallen als je zuvor; und auch was meinen Vortrag anbetrifft, kann ich nur sagen, dass ich einen sehr günstigen Eindruck von der Aufnahmebereitschaft und Intelligenz des Publikums mitnahm. Natürlich sind Naturforscher nicht daran gewöhnt, einer so kritischen Betrachtung der Wissenschaft aus ihren eigenen Reihen zu begegnen. Aber sie werden sich daran gewöhnen müssen, denn ich sage voraus, dass die glückliche Beziehung zwischen Naturwissenschaft und der Bevölkerung

ihrem Ende entgegengeht. [...].“

Schade, dass es zwischen Chargaff und Broda es zu keinen weiterführenden Gesprächen gekommen ist. Als der Autor Chargaff seine mit Peter Goller verfasste, von der Zentralbibliothek für Physik in Wien herausgegebene Schrift über Engelbert Broda³⁴ zusandte, antwortet dieser (18.2.1994): „[...] bitte empfangen Sie meinen herzlichen Dank für die Monographie über Engelbert Broda. Ich habe ihn leider nicht intim gekannt, und auch das nur in seinen viel zu früh gekommenen letzten Jahren. Aber aus Ihrem Text tritt seine warme und so sympathische Persönlichkeit sehr klar hervor. [...].“

Österreichisches Ehrenzeichen für Wissenschaft und Kunst

Die Kreativität von Chargaff verlagerte sich seit den 1970er Jahren von der Molekularbiologie hin zur Publizistik scharfer Wissenschaftskritik und zu historischen und literarischen Essays, die außergewöhnlich lebhaft geschrieben sind. Chargaff verlässt sein Fachgebiet und betrat unsicheres Terrain. Es ist nicht ungewöhnlich, dass hervorragende Naturwissenschaftler, wenn sie ihr Spezialgebiet verlassen, den Boden der Rationalität verlieren. Bekannt sind die irrationalen Berechnungen des Weltunterganges durch Isaac Newton (1643–1727). Chargaff selbst meint, „daß für den Naturforscher die Philosophie eine der Gefahren des Altwerdens darstellt“.³⁵ Solche Aussagen dürfen allerdings nicht dazu verführen, die von Speziallehrkanzeln der Universitäten im Interesse der kapitalistischen Herrschaft in den Medien zuhauf angebotene Lumpenphilosophie einschließlich ihrer politikwissenschaftlichen oder theologischen Sektionen als Expertenwissen zu mystifizieren. Es kann also nur nützlich sein, wenn Naturwissenschaftler lernen, selbst kulturwissenschaftlich philosophische Reflexionen anzustellen und zu verbreiten. Universitäten wie die ETH Zürich denken derzeit ambitioniert über die Implantation einer entsprechenden Ausbildung in den naturwissenschaftlichen und technischen Studiengängen nach.

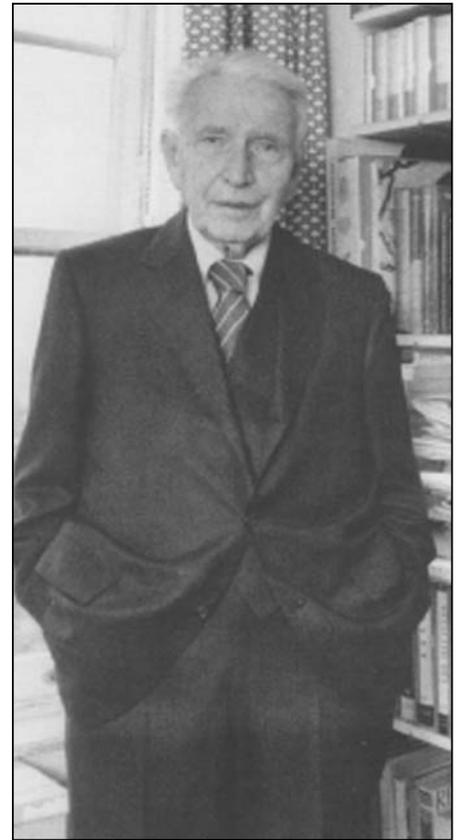
Die Resonanz der in Bezug auf die Entwicklung der Naturwissenschaften moralisierenden, tendenziell auf Verzicht auf Fortschritt hin zielenden Argumentation von Chargaff in den Feuilletons der deutschsprachigen Presse hängt mit den Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre sich verschärfenden ökonomischen, politischen, geistigen und moralischen Krisenerscheinungen des Im-

perialismus zusammen, welche nach angepassten spätbürgerlichen Wertvorstellungen verlangten. Die BRD-Wochenzeitung *Die Zeit* brachte in diesen Jahren viele Artikel über die Orientierungskrise in den Wissenschaften, über entfremdete Vernunft und ähnliches Zeug.³⁶ Die bürgerliche Klasse verkraftet solche Auseinandersetzungen, die den Boden des rational-materialistischen Weltbildes verlassen. Das zeigt nicht zuletzt die heute im Verhältnis zu den 1970er und 1980er Jahren wieder insgesamt positivere Grundhaltung der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber dem naturwissenschaftlich-technischen Fortschritt.

Der sozialdemokratische ORF-Redakteur und spätere Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Franz Kreuzer (*1929) lud Chargaff Ende 1980 zu einem Gespräch ein.³⁷ In Wien wurden Überlegungen in Hinsicht auf eine Auszeichnung für Chargaff angestellt. Das gilt vor allem für den exklusiven Klub der Träger des durch Bundesgesetz vom 25. Mai 1955 neu eingerichteten österreichischen Ehrenzeichens, deren Gesamtzahl von 36 österreichischen Staatsbürgern – je 18 für Wissenschaft und Kunst – und 36 ausländischen Besitzern nicht überschritten werden darf.³⁸ Das Zeremoniell der Aufnahmeverfahren in diesen Orden war, wie bei allen Orden, natürlich sehr anstrengend.³⁹ Das Ehrenzeichen greift auf Vorbilder in der Geschichte zurück und sollte an Personen des In- und Auslandes verliehen werden, „die sich durch besonders hochstehende schöpferische Leistungen auf dem Gebiet der Wissenschaft oder Kunst allgemeine Anerkennung und einen hervorragenden Namen erworben haben“. Als das ausländische Mitglied Kurth Mothes (1900–1983), der ein Pionier der Untersuchung von pflanzenphysiologischen Problemen mit biochemischen Methoden war, in der DDR verstorben war, wurde in der Kurie Wissenschaft über eine Nachbesetzung diskutiert. Der Biochemiker Hans Tuppy (*1924), Mitglied der Kurie Wissenschaft seit 1975, brachte in der Sitzung vom 10.3.1983 ohne förmliche Antragstellung zwei Forscher aus seinem Fachgebiet für die Nachwahl zur Diskussion, „die zweifellos sehr bedeutend sind und beide aus Österreich stammen: Chargaff und [Hans] Neurath [1909–2002]“. Tuppy verfolgte diesen Vorschlag nicht weiter, weil mit den beiden Nobelpreisträgern Adolf Butenandt (1903–1995) und Carl Cori (1896–1984) schon zwei Biochemiker Mitglieder der Auslandskurie Wissenschaft waren.

Nach dem Ableben von Cori brachte der Chemiker Hans Nowotny (1911–1996), Kurienmitglied seit 1978, Chargaff wieder ins Gespräch, dann auch Linus Pauling (1901–1994), der Kurienvorsitzende und Physikalische Chemiker Otto Kratky (1902–1995), Kurienmitglied seit 1964, dachte an den Organischen Chemiker Heinz A. Staab (*1926). Viktor Frankl (1905–1997), Kurienmitglied seit 1981, bot sich in der Sitzung vom 27. Mai 1988 an, einen in der Zeitschrift *Parnass* erschienenen Artikel über Chargaff zur Verfügung zu stellen, der dann auch bei der Aussendung des Protokolls in Kopie mitgegeben wurde.⁴⁰ Dort ist eine grundsätzliche Aussage von Chargaff zu lesen, die auf die später diskutierte wissenschaftliche Haltung von Chargaff aufmerksam macht: „*Aber die lyrische, die religiöse, die numinose Betrachtung der Natur und des Lebens halte ich noch immer für die richtigere. Ich will nicht für die Authentizität der Schöpfungsgeschichte in der ‚Genesis‘ eintreten, es war ja niemand dabei, aber sie ist doch eher ein Abbild dessen, was der Mensch aus der Natur und dem Leben schöpfen sollte, als die Analysen und Synthesen der Naturwissenschaft. Wir sind dem Leben in keine Weise nähergekommen, und ich glaube auch nicht, daß man jemals durch Laboratoriumsforschungen zu einem Verständnis dessen kommen wird, was Leben ist.*“⁴¹ Was für ein Unterschied zu der wissenschaftlichen Auffassung seines Nobelpreiskonkurrenten Francis Crick! Dieser wollte mit seinen Forschungen direkt eine Alternative zu religiösen Erklärungen des Lebens anbieten und hat die religiöse Weltanschauung als unangemessen für rational denkende Menschen erachtet. Christof Koch, Professor of Computation and Neural Systems am California Institute of Technology in Pasadena, meint, dass dieses Denken „möglicherweise sogar die treibende Kraft“ von Crick gewesen sei.⁴²

Die Kurie Wissenschaft stand einer Wahl von Chargaff sympathisch gegenüber und es wurde Nowotny gebeten, einen Aufnahmeantrag zu erstellen (Protokoll vom 27. Juni 1988). Es müsse noch festgestellt werden, ob dieser noch die österreichische Staatsbürgerschaft besitze. Ein in der Wochenzeitung *Die Zeit* am 13. Mai 1988 abgedrucktes Interview mit Chargaff, das der Kurienvorsitzende Kratky vom Sprachwissenschaftler und Kurienmitglied (seit 1986) Manfred Mayrhofer (*1926) Mitte August 1988 zur Kenntnis erhalten hat, gab diesem Anlass, an die Mitglieder der Kurie am



29.8.1988 einen besorgten Brief zu schreiben: „Es ist keine Frage, daß die Meinungen Chargaffs – man mag ihnen zustimmen oder nicht – zu Diskussionen führen werden, an denen Vertreter der Wissenschaft, der Industrie und der Politik beteiligt sind. Diese Diskussionen werden unsere Kurie oft vor die Aufgabe einer Meinungsäußerung stellen. Die vorauszu sehenden Auseinandersetzungen sind sicher nicht nur erfreulich so daß ich der Meinung bin, wir müßten die Aufnahme sehr ernst diskutieren“. Chargaff hat sich im *Zeit*-Interview zu Fragen der Wissenschaftsentwicklung in seltsamer Dialektik ebenso falsch wie richtig geäußert. Völlig richtig in Hinsicht auf die konkretisierte Feststellung, dass alles, was im Kapitalismus Geld bringt, tatsächlich gemacht wird, also auch die Naturwissenschaften in vielen Bereichen wie in der Gen- oder Kernenergieforschung den Gesetzen des Kapitalismus unterworfen sind. Er dachte auch, „in einer ordentlichen Gesellschaft könnte fast alles getan werden, denn man würde nichts tun, was nicht getan werden soll“. Wie Karl Kraus lässt Chargaff in seinen Formulierungen das nackte Interesse erkennen: „*Ich glaube, es gibt neue Staaten. Ich glaube, Nestlé ist ein Staat, und nicht mehr eine Schweizer Gesellschaft ... Dabei ist Nestlé nicht mal der ärgste Vertreter, Ciba oder Hoechst sind wahrscheinlich ärger. Andere sind wahrscheinlich ärger. Das sind alles unüber-*

schaubare Länder, in denen es keine Demokratie gibt, keine Wahl, nichts – und die eigentlich die Staaten herumschieben, zum Teil durch Erpressung, zum Teil durch Lobbies, indem sie sagen: ‚Wenn Du es uns nicht tun lässt, ziehen wir einfach nach Thailand, und dort werden wir es machen‘. Man sagt immer, vor dem Terrorismus darf man nicht zurückweichen. Aber das ist ein viel ärgerer Terrorismus als irgendeiner, und der wird Tag und Nacht geübt in allen Ländern.“ Die Analyse von kapitalistischen Forschungsbedingungen lässt Chargaff verzweifeln, er kommt in Bezug auf Kernenergie und Gentechnik nicht zu einem sowohl (Forschung) – als auch (Kontrolle), sondern zu einem entweder (Verbot) – oder (Untergang). In Verkenning des vom globalisierten Kapital verursachten Massenelends will er beide Schlüsselbereiche sogar mit der Begründung verbieten lassen, er sei „gegen die Abschaffung des menschlichen Schicksals“. Ganz anders dachte im selben Jahrzehnt der damalige Präsident der Weltföderation der Wissenschaftler Jean-Marie Legay, Biometriker und Entwicklungsbiologe an der Universität Lyon, der aufgrund der wachsenden Beeinflussung des wissenschaftlichen Lebens durch die transnationalen Gesellschaften zu konstruktiven und diskutierbaren Vorschlägen kommt, wie sich die Wissenschaft selbst organisieren könnte, um die Hoffnungen der Menschheit, die sie in die Wissenschaft setzt, erfüllen zu können.⁴³ Analog Legay meint heute der schweizerische Chemiker und Nobelpreisträger Richard Ernst (*1933), dass es eine überlebenswichtige Aufgabe ist, neuartige Modelle für unsere Zukunft zu entwickeln: „Unsere wohl wichtigste Aufgabe ist die Planung unserer globalen Zukunft ganz allgemein. Die momentane Entwicklung ist nicht sehr erfreu-

lich und wird vor allem von machtbesessenen Politikern und einer gewinnorientierten Wirtschaft dominiert.“ Wissenschaftler müssten, so fordert Ernst, sich mehr um den Kontakt mit der Öffentlichkeit kümmern und sich in der Tagespolitik engagieren.⁴⁴

In der Kuriensitzung vom 25. Oktober 1988 wurde über die eventuelle Aufnahme von Chargaff ausführlich diskutiert. Außer Streit war, dass Chargaff eine sehr bedeutende Leistung für die Molekularbiologie vollbracht hat, was die Aufnahme in die Kurie „zweifelloso volle Berechtigung geben würde“. Andererseits wurde eingewendet, dass er sich über die zwei speziellen Hoffungsgebiete der Forschung, Kernenergie und Gentechnik, in einer Weise geäußert habe, die geeignet sei, „dem Ansehen unseres Ordens sehr zu schaden“. Zwei gewichtige Stellungnahmen von Seiten der auswärtigen Kurienmitglieder Max Perutz (1914–2002) und Karl Popper (1902–1994) wurden vom Vorsitzenden Kratky mitgeteilt: „Herr Chargaff hat der Molekularbiologie und der ganzen Naturwissenschaft durch seine negativen Äusserungen und Verdrehungen der Tatsachen sehr geschadet. Die Media lieben ihn, weil er die Naturwissenschaften angreift, aber unser Orden ist doch für, nicht gegen die Wissenschaft“ – so Perutz am 20. Oktober 1988 schriftlich an Kratky. Perutz nennt in seinen Aufsätzen über Wissenschaft, Wissenschaftler und die Menschheit seinen Wiener Kollegen Chargaff nicht.⁴⁵ Popper, der sich wahrscheinlich zuerst mündlich geäußert hat, weil sein Brief erst vom 6. Dezember 1988 datiert, fühlte sich von Chargaff schier belästigt: „Es scheint mir unmöglich zu sein, daß wir einen Wissenschaftler, der dauernd in Interviews mit Zeitungen die wildesten Pauschalverdächtigungen gegen alle anderen Wissenschaftler von sich gibt, in den Orden wählen. Zum Beispiel, Chargaff sagt, daß die einzigen, die bisher von der Krebsforschung profitiert haben, die Krebsforscher seien. Das ist erstens nicht wahr (ich bin sicher, daß meine verstorbene Frau durch die Krebsforschung länger gelebt hat), und zweitens ist es eine irrationale Pauschalverdächtigung. Aber das ist nur eines von vielen ähnlichen und sogar schlimmeren Bemerkungen. Chargaff segelt mit dem Wind der anti-wissenschaftlichen Propaganda, ein Wind, den wir nicht unterstützen dürfen. Das ist in Kürze meine Meinung über diese Sache.“ Popper hat in der Sache recht, heute werden durch die

Genforschung schon viele monogenetische Erkrankungen verstanden, bei denen ein einziges defektes Gen die Ursache ist. Genetische Fehler der Tumorzellen können festgestellt und für Therapieansätze genutzt werden. Die Forschungen für die an polygenetischen Erkrankungen entscheidenden Gene sind noch nicht so weit gediehen. Poppers scharfe Ablehnung von Chargaff demonstriert aber auch seine eigene Unterschätzung der von Chargaff angesprochenen und tatsächlich bestehenden praktischen und objektiven Beeinflussungen der Wissenschaftsentwicklung.

Die geisteswissenschaftlichen Mitglieder der Kurie neigten trotz der prominenten Gegenstimmen der Aufnahme von Chargaff zu. Der Romanist Max Kaser (1906–1997), Kurienmitglied seit 1971, gab schriftlich eine grundsätzliche Erklärung (24. September 1988): „Diese Freiheit des Strebens nach Erkenntnis und öffentliche Kundgabe ihrer Ergebnisse ist fragwürdig geworden, seitdem sich herausgestellt hat, daß manche dieser Erkenntnisse zu einer weittragenden qualitativen Schädigung oder gar zu möglicher Vernichtung der Menschheit mißbraucht werden können. Da jedoch Herr Chargaff nach seinen Äußerungen gegenüber der ‚Zeit‘ diese Gefahren augenscheinlich in ihrer vollen Reichweite erkannt hat und die darauf folgenden Befürchtungen teilt, ohne freilich Auswege nennen zu können, die auf allgemeine Akzeptierung rechnen können, erschiene es mir denkbar, daß sich die Kurie auf die Frage beschränkt, ob die wissenschaftliche Forscherleistung, unabhängig von jener Prinzipienfrage, als ausreichend befunden werden kann, um diesem Gelehrten das Ehrenzeichen zuzubilligen. Was darüber hinausgeht, erscheint mir als ein Politikum, über das wir uns nicht notwendig die Köpfe zu zerbrechen brauchen. Doch wird man auch darüber verschiedner Ansicht sein können“. Mayrhofer schreibt, seine persönliche Reaktion auf das *Zeit*-Interview sei „übrigens stärker als bisher pro-Chargaff“, er würde aber jedem Wahlvorschlag beitreten, auf den sich die Naturwissenschaftler einigen. Auch der Neurochirurg Fritz Heppner (*1917), Mitglied der Kurie seit 1984, sprach sich schriftlich für die Aufnahme aus (10. Oktober 1988): „Das, was in meinen Augen unsere Kurie auszeichnet, ist einige Distanz von allem, was im Publikum die Gemüter erregen mag, d.h. Duldsamkeit und Offenheit nach allen Richtungen. Ähnlichkeiten mit dem Heiligen Offizi-

Antifaschistisches Mahnen und Gedenken in Salzburg

Das Mahnmal auf dem Südtirolerplatz im Kontext



116 S., hg. von der Kulturabteilung zum 60. Jahrestag der Befreiung Salzburgs. Zu beziehen um 16,50 Euro über die Kulturabteilung (kultur@stadt-salzburg.at) oder im Buchhandel.

um bestehen keine, und so sollte auch jedem Anschein von ‚religiöser Intoleranz‘ aus dem Wege gegangen werden. In Concreto glaube ich nicht, daß es unsere Aufgabe ist, nachzuprüfen, ob Chargaff nun ‚recht‘ oder ‚unrecht‘ habe, wenn er z.B. behauptet, die Forschung werde durch kommerziell orientierte Lobbies manipuliert, wenn er auf Gefahren der Gentechnologie hinweist, oder wenn er davor warnt, daß nicht alles Machbare auch gemacht werden dürfe, womit er einen Standpunkt in der Nähe von Bertrand Russel einnimmt. Auch wenn er den Wert der Chemotherapie für die Krebsbehandlung oder der großen Transplantationschirurgie für ein qualitätsvolles Leben anzweifelt, so sind das seine privaten Ansichten, deren Inhalte nicht Gegenstand unserer Zensur sein können. Was hingegen ernsthaft zu untersuchen wäre, ist die Gesinnung, die solchen Äußerungen zugrundeliegen mag, d. h. ob sie verwerflich oder inhuman oder aber ethisch begründet, also humanitär sei. Wird für ersteres entschieden, ist zugleich eine Ablehnung impliziert. Und auf der anderen Seite könnten edle Motive keinen Einwand begründen. Zu der Form, in der Chargaff's Äußerungen präsentiert werden, nämlich zu seiner sehr direkten, pointierten und stellenweise polemischen Diktion wäre zu bedenken, daß er seit 1934 in der Neuen Welt lebt und jene Ära in Europa nicht mit – erlitten hat, die hier den Zeitgenossen zu solcher Vorsicht erzogen hat, daß er erschrickt, wenn jemand die Dinge beim Namen nennt.“ Zu seiner Bemerkung hinsichtlich „religiöser Intoleranz“ fügte Heppner als Nota Bene hinzu, das habe „keinerlei konfessionellen Bezug, sondern weist auf die Unduldsamkeit der Dogmatiker gegenüber Andersdenkenden hin“. Eindeutig ablehnend äußerten sich in der Kuriensitzung vom 25. Oktober 1988 mündlich der Techniker Hans List (1896–1996), Ehrenzeichenträger seit 1981, und der Vorsitzende Kratky. Frankl, für den am 3. November 1988 an seinem Wohnhaus in der Czerningasse 2 eine Gedenktafel angebracht wurde, gab Pro- und Contragründe an, die im unterm 3. November 1988 datierten Protokoll der Sitzung vom 25. Oktober 1988 nicht näher ausgewiesen sind. Nowotny erklärte sich außerstande, für Chargaff einen Antrag vorzulegen, der dessen Tätigkeit außerhalb des Fachgebietes mit beurteilt, und stellte in Aussicht, seinen seinerzeitigen Gedanken in Hinsicht auf die Zuwahl von Linus Pauling auszuführen. Zu Chargaff erwähnte der Vorsit-

zende Kratky noch, dass ihm gegenüber Butenandt – dieser stand selbst am Beginn der Molekularbiologie⁴⁶ – und der Technische Physiker Heinz Maier-Leibnitz (1911–2000), Mitglied der Kurie seit 1973, sich eindeutig negativ geäußert hätten, während der Physiker und Philosoph Carl-Friedrich von Weizsäcker (*1912), Mitglied seit 1969, meinte, er sehe in den Aktivitäten von Chargaff außerhalb der Molekularbiologie nicht unbedingt ein Hindernis. In der Kuriensitzung vom 10. Februar 1989 wurde die eventuelle Wahl von Chargaff nochmals resümiert, Nowotny erklärte, von der Weiterverfolgung zurückzutreten, womit die Angelegenheit abgeschlossen war. Anstelle von Chargaff wurde überlegt, Chemienobelpreisträger (1977) Ilya Prigogine (*1917) in der Nachfolge von Cori zu wählen. Prigogine hat sich, was aber nicht zur Diskussion stand, hinter die Forderung um Integration der wissenschaftlichen Aktivität in die Gesellschaft gestellt. „Wir müssen“, so Prigogine, „versuchen, Wissenschaft und Gesellschaft so weit wie möglich durchlässig füreinander zu machen. Einer der Wege zu diesem Ziel ist die Herstellung zusätzlicher Kommunikationsmöglichkeiten.“⁴⁷ Nach wie vor wurde die Kandidatur Chargaff eingehend diskutiert, ohne zu einer Lösung zu gelangen. Kratky wollte keinen förmlichen Antrag erstellen lassen, weil eine Kampf abstimmung zu erwarten gewesen wäre.

In der Sitzung der Kurie für Wissenschaft am 8. März 1991 folgte eine neuerliche Diskussion über die Nachfolge von Cori in der Auslandsstelle naturwissenschaftlicher Richtung, die zu einem Abschluss führte. Es wurde einhellig festgestellt, dass sich alle einig über die wissenschaftlichen Verdienste von Chargaff sind: „In Hinblick auf verschiedene seiner Schriften gegen Kernforschung und Genforschung wird aber von seiner Wahl abgesehen. Es fallen hier besonders ins Gewicht die Ablehnungen durch Butenandt, Maier-Leibnitz, Perutz, Popper.“ Das Image von Chargaff war wegen seiner den Fortschritt in den Naturwissenschaften in der Öffentlichkeit herabsetzenden publizistischen Aussagen eindeutig beschädigt. Die anwesenden Vertreter der Geisteswissenschaften Heinrich Fichtenau (1912–2000), Herbert Hunger (1914–2000) und Mayrhofer – von den Naturwissenschaften waren in diese Sitzung anwesend Frankl, Heppner, der Mathematiker Edmund Hlawka (*1916), der Experimentalphysiker Wilibald Jentschke (*1911), Kratky, List

und Tuppy – erklärten sich für Chargaff, betonten aber, nicht gegen die naturwissenschaftliche Gruppe eine Wahl durchsetzen zu wollen.

1994 verlieh die Stadt Wien Chargaff den Würdigungspreis für Publizistik, ein Jahr später erhielt er das Österreichische Ehrenzeichen für Wissenschaft und Kunst in der Kurie Kunst. Im Buch „Orden und Ehrenzeichen Österreichs 1945–1999“ (Wien 1999) lesen wir: „Chargaff, Erwin, Essayist, Bundesrepublik Deutschland, 14.4.1995.“⁴⁸ Diese Einreihung dürfte Chargaff mehr erstaunt haben als die Diskussionen über seine Person in der Kurie Wissenschaft, falls er davon überhaupt Kenntnis hatte. Denn sicher ist, dass die Literatur eines Nestroy, Kraus, Roth oder eben eines Chargaff keine BRD-Literatur ist. Das Institut für Ethik und Wissenschaft im Dialog verleiht einen nach Chargaff benannten Preis.⁴⁹ In der Gegenwart zählt Chargaff, der am 20. Juni 2002 im Alter von 96 Jahren gestorben ist, im Wiener Kulturleben zu jenen Legenden, an die gelegentlich gerne erinnert wird. Das ersetzt eine Chargaff angemessene Auseinandersetzung mit seinem ebenso scharfsinnigen wie anregenden literarischen Werk, das allerdings geeignet ist, durch seine apokalyptischen Schreckensbilder im Sinne „Wenn ihr euch nicht bekehrt, werdet ihr alle umkommen“ irrationale Ängste zu erzeugen.

Anmerkungen:

1/ Lexikonartikel über Chargaff u.a. in: International Biographical Dictionary of Central European Emigrés 1933–1945. Vol. II Part 1: A – K. The Arts, Sciences, and Literature. München-New York–London–Paris 1983, 186; Österreich Lexikon in drei Bänden. Bd. I, Wien 2004, 218.

2/ Erwin Chargaff: Das Feuer des Heraklit. Skizzen aus einem Leben vor der Natur. Sammlung Luchterhand, 1989. Zitate folgen dieser Lizenzausgabe. Chargaffs Autobiographie ist zuerst erschienen unter dem Titel „Heraclitean fire sketches from a life before nature“ in New York, Rockefeller University Press 1978 und wurde von Klett-Cotta, Stuttgart, 1979 in (etwas verändert) deutscher Sprache herausgegeben. Das Buch wurde sowohl deutsch wie englisch in mehreren Auflagen nachgedruckt. Autobiographische und andere Texte von Chargaff sind bei Klett-Cotta, bei dem das literarische Gesamtwerk von Chargaff lieferbar ist, 1995 unter dem Titel „Ein zweites Leben“ herausgegeben worden.

3/ Lehmann's Adressbuch, 64. Jg. 1923, 1. Band.

4/ Das Feuer des Heraklit, 22.

5/ Das Feuer des Heraklit, 27.

6/ Das Leben – ein Spiel. Franz Kreuzer in Ge-

sprach mit Erwin Chargaff, Günther Kreil, Manfred Eigen, Ruthold Winkler-Oswatitsch und Peter Schuster. Wien 1981, 7–34, hier 8.
 7/ Das Feuer des Heraklit, 29.
 8/ Globus Verlag Wien 1949. Nachdruck Löcker Verlag Wien 1984.
 9/ Willi Weinert hat den Briefwechsel zwischen den beiden Freunden teilweise publiziert. In: Die Alfred Klahr Gesellschaft und ihr Archiv. Beiträge zur österreichischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Wien 2000, 259–275.
 10/ Weinert, 263–265, hier 265.
 11/ Freundliche Recherche von JSDr. Johannes Seidl, Archiv der Universität Wien.
 12/ So im Typoskript der Österreichischen Nationalbibliothek Wien.
 13/ Friedrich Raschig (1863–1928) hat zahlreiche chemische Verfahren entdeckt. Deutsche Biographische Enzyklopädie 8 (1998), 145.
 14/ Universitätsarchiv Wien. Für frdl. Unterstützung danke ich Herrn HR Dr. Kurt Mühlberger
 15/ Das Feuer des Heraklit, 51.
 16/ Das Feuer des Heraklit, 53.
 17/ Das Feuer des Heraklit, 55 f.
 18/ So Ernst Schwager, Österreichische Wissenschaftler in Frankreich. in: Friedrich Stadler (Hrsg.), Vertriebene Vernunft II. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft. Wien – München 1988, 946–951, hier 951.
 19/ Urban & Schwarzenberg, Berlin und Wien 1933.
 20/ Anton Zeilinger: Einsteins Schleier. Die neue Welt der Quantenphysik. München 2005, 76.
 21/ Das Feuer des Heraklit, 121 f.
 22/ Erwin Schrödinger: Die Natur und die Griechen. (Berechtigte Übersetzung aus dem Englischen von Dr. Mira Koffka). Wien 1955, 126. Vgl. dazu Gerhard Oberkofler – Peter Goller: „German Ideology“ as seen by Erwin Schrödinger in Letters to Hans Thirring. From Their Correspondence (1946–1949). In: What is Controlling Life? Edited by E. Gnaiger, F. N. Gellesich, M. Wyss. Innsbruck 1994, 19 f.
 23/ Gerhard Oberkofler und Peter Goller: Engelbert Broda. Konturen aus seinem Leben (mit Dokumentenanhang und Faksimiles). In: Zentralbibliothek für Physik (Hg.), Engelbert Broda (1910–1983). Wissenschaft und Gesellschaft. Wien 1993.
 24/ Allgemeine und Praktische Chemie. Wien, 22 (1971), 182 f., hier 183.
 25/ Gerhard Oberkofler – Peter Goller: Richard Kuhn. Skizzen zur Karriere eines österreichischen Nobelpreisträgers. Innsbruck 1992.
 26/ Zentralbibliothek für Physik, Wien.
 27/ Bei der Ordination von Sigmund Freud in der Berggasse war Chargaff während seiner Schulzeit fast täglich vorbei gegangen.. Das Feuer des Heraklit, 32.
 28/ D. i. Hertha Firnberg (1909–1994), 1970 – 1983 Bundesministerin für Wissenschaft und Forschung.
 29/ Vgl. Engelbert Broda, Wissenschaft, Verant-

wortung, Frieden. Ausgewählte Schriften. Hg. von Paul Broda – Gitta Deutsch – Peter Markl – Thomas Schönfeld – Helmuth Springer-Lederer. Wien 1985, 201–301 (Die Verantwortung des Wissenschaftlers). Verzeichnis der Schriften Engelbert Brodas 331–367.
 30/ Franz Deuticke Wien, 1955. 2. A. Wien 1986
 31/ Wie A. 2.
 32/ Hans Heinz Holz: Einheit und Widerspruch. Problemgeschichte der Dialektik in der Neuzeit. I. Die Signatur der Neuzeit. Stuttgart – Weimar 1997, 2 f.
 33/ Manfred Buhr (Hrsg.): Enzyklopädie zur bürgerlichen Philosophie im 19. und 20. Jahrhundert. Leipzig 1988, 461, Erhard Albrecht, Sprachphilosophie, 460–476.
 34/ Wie A. 23.
 35/ Das Feuer des Heraklit, 79.
 36/ Dazu Manfred Buhr – Robert Steigerwald: Verzicht auf Fortschritt, Geschichte, Erkenntnis und Wahrheit (= Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie 100). Berlin 1981.
 37/ Wie A. 6.
 38/ Günter Erik Schmidt: Orden und Ehrenzeichen Österreichs 1945–1999. Wien 1999, 33–36 (Das österreichische Ehrenzeichen und das österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst), 187–189 (Besitzer des Österreichischen Ehrenzeichens für Wissenschaft und Kunst).
 39/ Der Mathematiker Leopold Vietoris (1891–2002) hat dem Autor einen Teil seines nichtmathematischen Nachlasses zur Verfügung gestellt. Die nachstehend zitierten Dokumente sind die von Seiten der Kurie Wissenschaft des Österreichischen Ehrenzeichens für Wissenschaft und Kunst an Vietoris, seit 1973 Träger des Ehrenzeichens, übermittelten Briefe, Rundschreiben etc.
 40/ Parnass 3/88, 20 f.
 41/ Ebenda, 20.
 42/ NZZ vom 14. 10. 2004.
 43/ Jean-Marie Legay: Wer hat Angst vor der Wissenschaft? Leipzig – Jena – Berlin 1984 (Erstausgabe Paris 1981: qui a peur de la science?).
 44/ Im Gespräch (Vanja Lichtensteiger-Cucak) mit Prof. Richard Ernst. ETH Bulletin Nummer 296 (Januar 2005).
 45/ Max Perutz: Ich hätte sie schon früher ärgern sollen (Übersetzt aus der englischen Originalfassung von Ursula Derox). Purkersdorf 1999.
 46/ Zuletzt darüber Norbert Hilschmann und Heinz Ulrich Barnikol: Butenandt und die „Ein Gen – Ein Enzym – Regel“. In: Dahlemer Archivgespräche 10 (Berlin 2004), 150–177.
 47/ Ilya Prigogine – Isabella Stengers: Dialog mit der Natur. Neue Wege naturwissenschaftlichen Denkens. München – Zürich 4. A. 1983, 29.
 48/ Schmidt, Orden und Ehrenzeichen, 189.
 49/ Wiener Rathauskorrespondenz vom 18. April 2005.

Neuerscheinung

Krise des Arbeitsrechts Symposium zur Erinnerung an Eduard Rabofsky hg. von Anja Oberkofler

Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft, Wien 2005 (Quellen & Studien, Sonderband 6), 52 S., 7 Euro
ISBN 3–9501986–1–X



Eduard Rabofsky (1911–1994), Autoschlosser, kommunistischer Widerstandskämpfer, war nach der Befreiung Österreichs als Jurist in der Wiener Arbeiterkammer tätig und leistete mit seiner praktischen und theoretischen Arbeit wesentliche Beiträge zur Stärkung der Rechte der Arbeiterklasse.

Aus Anlass seines zehnten Todestages fand im Juni 2004 mit Unterstützung der Arbeiterkammer Wien ein Gedächtnissymposium der Alfred Klahr Gesellschaft zu Ehren von Eduard Rabofsky statt. Der vorliegende, von Anja Oberkofler herausgegebene Band vereint die dort gehaltenen Referate von Josef Cerny, Peter Goller, Johann J. Hagen, Hermann Klenner, Theo Mayer-Maly und Alois Obereder.

Zu beziehen über die Alfred Klahr Gesellschaft, Drechslergasse 42, 1140 Wien, FAX: 01/982 10 86/18, klahr.gesellschaft@aon.at.

Max Muchitsch (1919–2005)

Eine Woche nach dem 60. Jahrestag der Befreiung Österreichs, für die er mit der Waffe in der Hand und unter dem Einsatz seines Lebens gekämpft hatte, am Nachmittag des 14. Mai 2005, einen Tag nach seinem 86. Geburtstag, ist das Vorstandsmitglied der Alfred Klahr Gesellschaft Max Muchitsch, der letzte Überlebende der Partisanengruppe Leoben-Donawitz, verstorben.

Max Muchitsch wurde 1919 in Villach, als Sohn eines Eisenbahnschlossers geboren. Aufgewachsen in einem sozialdemokratischen Elternhaus und Umfeld, lernte der junge Max bereits früh die Entbehrungen kennen, denen die Arbeiterklasse ausgesetzt war. Nach dem Abschluss der Hauptschule war es für ihn unmöglich eine Lehrstelle zu finden. Bereits seit 1927 Mitglied der Roten Falken, trat er 1933 dem Kommunistischen Jugendverband bei und baute eine Ortsgruppe in Villach auf. Wegen kommunistischer Betätigung wurde er 1936 verurteilt, nach einigen Monaten mit der Auflage einer fünfjährigen Polizeiaufsicht amnestiert. Bereits in dieser Zeit kam er in die Obersteiermark, nach Vordernberg, wohin sein Vater versetzt worden war. Im März 1939 Einberufung zum Reichsarbeitsdienst und im Oktober desselben Jahres zur deutschen Wehrmacht. Versuche an der Ostfront im Jahr 1941 zur Roten Armee überzulaufen scheiterten drei Mal. Am 12. August 1941 wurde Max Muchitsch durch eine Handgranate schwer verwundet und verlor seinen linken Oberarm. Es folgten längere Lazarett-Aufenthalte. Nach seiner Entlassung aus dem Spital nahm er neuerlich die illegale kommunistische Widerstands- und Organisationsstätigkeit in der Obersteiermark auf. Beruflich leitete er das Internat der Werksschule des Hüttenwerkes Donawitz. Einer drohenden Verhaftung durch die Gestapo im April 1944 entzog er sich durch Flucht zu den obersteirischen Partisanen, in deren Reihen er für das Wiedererstehen eines freien, unabhängigen und antifaschistischen Österreich kämpfte.

Neben dem unter Einsatz seines Lebens geführter Partisanenkampf um die Befreiung Österreichs zeichnet auch seine Tätigkeit zur Sicherung der notwendigen ökonomischen Grundlagen für den Wiederaufbau Muchitsch als

österreichischen Patrioten aus. So verhinderte er gemeinsam mit Sepp Filz am 8. Mai 1945 die von der SS vorbereitete Sprengung der Werksanlagen des Hüttenwerkes Donawitz und organisierte mit bewaffneten Arbeitern die Entwaffnung der NS-Werksschutzmänner. Noch am selben Tag wurde ein so genannter „Dreierausschuss“ aus KPÖ, SPÖ und Christlichsozialen gebildet, in dem die KPÖ durch Sepp Filz vertreten war. Dieser Ausschuss übte in der Folgezeit die provisorische Verfügungsgewalt in Leoben aus. Max Muchitsch kehrte wieder an seinen alten Arbeitsplatz als Heimleiter nach Donawitz zurück. Diese historischen Leistungen von Muchitsch und seinen Mitkämpfern wurde bald darauf bewusst verdrängt und vergessen, Männer wie Muchitsch ins gesellschaftliche Abseits gestellt. Er selbst war in den ersten Nachkriegsjahren viele Jahre kommunistischer Angestelltenbetriebsrat im Hüttenwerk Donawitz. Von der Werksschule kam er ins Blechwalzwerk in die Blechavisierung, nach dessen Auflassung in den 1960er Jahren übersiedelte er zur Ladungserfassung ins Feinwalzwerk. 1979 ging er in Pension. Bis zu seiner Pensionierung war er im Werk als Vertrauensmann des Gewerkschaftlichen Linksblocks tätig. Bis zu seinem Schlaganfall 1997 gehörte er dem Bezirkssekretariat der KPÖ Leoben an. Max Muchitsch war Träger der Befreiungsmedaille und der Auszeichnung „Kämpfer gegen den Faschismus“ der DDR. Dem Vorstand der Alfred Klahr Gesellschaft gehörte er seit ihrer Gründung 1993 an.

Max Muchitsch war auch Chronist, Volksbildner und Impulsgeber einer jüngeren Generation von WissenschaftlerInnen, welche sich mit der Partisanengruppe Leoben-Donawitz, der Österreichischen Freiheitsfront, dem antifaschistischen Freiheitskampf im Allgemeinen und dem kommunistischen Widerstand im Besonderen auseinandersetzten und auseinandersetzen: Nicht zuletzt sein im Europa-Verlag erschienenen Büchlein „Die Partisanengruppe Leoben-Donawitz“ und sein umfangreiches Werk „Die Rote Stafette“, sowie ungezählte Diskussionsabende, überlieferte Videokassetten und von ihm organisierte Ausstellungen, so 1988 zum Thema 50 Jahre „Anschluss“, legen davon Zeugnis ab.

Neuerscheinung

Willi Weinert:

„Mich könnt ihr löschen,
aber nicht das Feuer“

Ein Führer durch den Ehrenhain der Gruppe 40 am Wiener Zentralfriedhof für die hingerichteten WiderstandskämpferInnen (Mit einem Beitrag von Heimo Halbrainer)

Aus dem Inhalt:

Auf dem Weg in den Tod / Vom Erinnern: „... später wird es Gewohnheit und darüber hinaus vergessen.“ / Hinrichtungen im Wiener Landesgericht / Zum Umgang mit den Leichen der Hingerichteten / Die Gruppe 40 – eine kurze Chronik / Lebensdaten von mehr als 500 Personen der Gruppe 40

Anhang: Steirer als Opfer der Wiener Blutjustiz 1942/43 (Heimo Halbrainer) / Im Schatten des Fallbeils. Die Hinrichtungen im Grauen Haus (Ewald Sator) / Ich war sieben Monate in der Todeszelle (Edith Schober) / Ihre Söhne starben für Österreich (Berta Brichacek) / Briefe und Kassiber von Oskar Klekner



Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft, Wien 2005 (2. Aufl.), 192 S., ca. 400 Abbildungen (davon 350 Portraits der Hingerichteten); Lageplan und Gräberverzeichnis der Gruppe 40
15.– Euro (exkl. Versandkosten)

Bezugsquellen: Bestellung per e-mail an gruppe40@aon.at; bei der Direktion des Wiener Zentralfriedhofs, Tor 2, oder Buchhandlung Jauker, 14., Sampog. 4.

Georg Knepler: Macht ohne Herrschaft. Die Realisierung einer Möglichkeit. Berlin: Kai Homilius Verlag 2004, 245 S., 25,50 Euro

Seit dem Niedergang der sozialistischen Länder Osteuropas in den Jahren 1989/91 hat sich in der westlichen Philosophie und den Sozialwissenschaften die Haltung durchgesetzt, wonach mit dem Kapitalismus das Ende der Geschichte erreicht sei. Nach herrschender Meinung ist damit auch ein Aufbegehren gegen dieses System oder gar das Anstreben einer gesellschaftspolitischen Alternative gleichermaßen sinn- wie aussichtslos.

Dennoch gibt es Menschen wie z.B. den kommunistischen Musikwissenschaftler Georg Knepler¹, die sich mit dieser tristen Situation nicht abfinden wollen. Für ihn war diese – vermeintlich – ausweglose Lage der Ausgangspunkt für die Frage nach den Ursachen für den oben diagnostizierten Weltzustand. Damit verbunden war auch die Frage nach möglichen Auswegen aus der seitherigen, verheerenden Entwicklung (wie z.B. der Irakkrieg 1991ff., Jugoslawienkrieg, etc.). Das Ergebnis seiner Überlegungen hat nun sein langjähriger Mitarbeiter, Stefan Huth, im Buch *Macht ohne Herrschaft – Die Realisierung einer Möglichkeit* veröffentlicht. Dieser Titel, versehen mit einem Untertitel, dokumentiert, dass hier, illusionslos, jede Geschichtsteologie verabschiedet wurde: es geht um die Realisierung einer Möglichkeit, nicht etwa um Gesetzmäßigkeiten, die der Menschheit vorgegeben wären. Daraus spricht auch das Wissen, dass die jetzigen Verhältnisse kein Endzustand sind, sondern dass es umsetzbare Alternativen gibt, die eben nichts mit Utopien zu tun haben.

Es ist zugleich das politische wie theoretische Vermächtnis Georg Kneplers geworden. Leider ist es ein Fragment geblieben. Als er, 96-jährig, am 14. Jänner 2003 starb, hinterließ er neben drei abgeschlossenen Kapiteln eine umfangreiche Sammlung an Aufzeichnungen, Skizzen und Materialien.

Das Buch „*Macht ohne Herrschaft*“ ist nichts weniger als der groß angelegte Versuch, den Ursachen für die barbarischen Verhältnisse, unter denen die Menschheit heute lebt, theoretisch fundiert und in einer weiten geschichtlichen Perspektive nachzugehen. Dabei sucht Knepler Ergebnisse und Erfahrungen der weltweiten Kämpfe gegen Klassenherrschaft zusammenzufassen, unter

systematischer Einbeziehung wissenschaftlicher Erkenntnisse zur Menschheitsgeschichte.

Sein knappes Resultat: Seit dem Entstehen der Gattung Mensch gebe es „zweierlei durchaus antagonistische Arten von Verhaltensweisen: kooperative und konfrontative“. Raub, Krieg und Klassenherrschaft auf der einen, friedlicher Austausch und Kommunikation auf der anderen Seite verfestigten sich im Laufe Hunderttausender Jahre. In den letzten 250 Jahren haben neue Faktoren diesen Antagonismus verschärft, der weitreichendste war sicher die Einsicht, dass Menschen von Natur aus nicht gleich, aber gleichberechtigt seien. Kronzeugen sind Karl Marx und Charles Darwin. In den ersten Kapiteln, die ihnen und ihrer Stellung in der Wissenschaftsgeschichte gewidmet sind, lässt sich erahnen, welche Enzyklopädie der Geistesgeschichte „von unten“ aus Kneplers Werk hätte werden können. Es ist wahrhaft kein konventionelles Bild von Marx und seiner Theorie, das der Autor entwirft. Aber gerade dadurch eröffnet er neue, verblüffende und gerade deshalb anregende Sichtweisen auf Dinge, von denen viele glaubten, über sie weiter nicht nachdenken zu müssen.

Faszinierend ist auch Kneplers klare Darstellungsweise, stark angelehnt, wie Herausgeber Stefan Huth einleitend schreibt, „an die angelsächsische Wissenschaftstradition“. Die Zusammenstellung der Materialfragmente im zweiten Teil des Bandes und sein umfangreicher Apparat bestätigen, dass es sich um eine außergewöhnliche Edition handelt. Man kann auch von einer wissenschaftlichen Sensation sprechen.

ALEXANDER DINBÖCK

1/ Georg Knepler, geboren am 21. Dezember 1906, gestorben am 14. Jänner 2003; Musikwissenschaftler und Historiker, studierte in Wien Musikwissenschaft u.a. bei Guido Adler und Egon Wellesz, Klavier bei Eduard Steuermann und Komposition bei Hans Gal. Promotion 1932 mit einer Arbeit über Johannes Brahms. Zeitweise Klavierbegleiter von Karl Kraus bei dessen „Offenbach-Vorlesungen“, 1932/33 Zusammenarbeit mit Bertolt Brecht, Helene Weigel und Hanns Eisler in Berlin. 1934 Mitglied der KPÖ. Während des Nazi-Faschismus 1938–1945 Exil als politisch und rassisch Verfolgter in London. Beim österreichischen Emigrantentheater „Laterndl“ hatte er eine leitende Funktion inne. 1946 Rückkehr nach Österreich, Parteiarbeit für die KPÖ. 1949 Übersiedlung nach Berlin/DDR. 1950–1960 Rektor der von ihm gegründeten Hochschule für Musik in Ber-

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Univ. Prof. Dr. Hans Hautmann

weitere MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Alexander Dinböck, Manfred Mugrauer,

Gerhard Oberkofler, Irma Schwager

Layout: Manfred Mugrauer

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Tel.: (+43-1) 982 10 86

FAX: (+43-1) 982 10 86 DW 18

e-mail: klahr.gesellschaft@aon.at

Internet: www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

An dieser Stelle möchten wir uns erneut an unsere FreundInnen mit der Bitte wenden, Materialien aller Art (Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, Dokumente, Flugblätter, Abzeichen, Fotos, Gegenstände usw.), die die Sammeltätigkeit der Alfred Klahr Gesellschaft betreffen, dieser zu übergeben, bzw. es uns zu ermöglichen, diese zu sichten und eventuell Kopien anzufertigen.

Archivzugänge

Von *Elfriede Synek* und *Rudolf Wezulek* erhielten wir zahlreiche, vor allem in der unmittelbaren Nachkriegszeit im Globus-Verlag erschienene Bücher.

Von *Karl Flanner* erhielten wir ein Manuskript aus dem Jahr 1945, das einen Vortrag Ernst Fischers über *Dialektischen Materialismus* im Rahmen der Parteischule der KPÖ zusammenfasst.

lin, danach Direktor des Musikwissenschaftlichen Instituts der Humboldt-Universität (seit 1965: Ordinarius), 1970 Emeritierung. 1959–1982 Chefredakteur der Vierteljahresschrift *Beiträge zur Musikwissenschaft*, seit 1962 Korrespondierendes, seit 1964 Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR für die Disziplin Musikwissenschaft. Veröffentlichungen: *Musikgeschichte des 19. Jahrhunderts*, (1961, 2 Bde.), *Geschichte als Weg zum Musikverständnis* (1977), *Karl Kraus liest Offenbach* (1984), *Wolfgang Amade Mozart. Annäherungen* (1991) und vieles anderes mehr.